

Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Sport

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Feyza Tanyeri
feyza.tanyeri@kassel.de
Telefon 0561 787 1225
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

24. August 2021
1 von 2

Guten Tag,

zur **4.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Dienstag, 31. August 2021, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.**

**Während der Sitzung sind die Hygiene- und Abstandsregelungen einzuhalten
und eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.**

Tagesordnung:

- 1. Gutachten zu Kosten der Unterkunft 2019**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1215-
- 2. Folgen der Rücknahme der Einschränkung für Geimpfte**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juni 2021
Bericht des Magistrats
-101.19.43-
- 3. Menstruationsartikel zugänglich machen**
Anfrage Fraktion DIE LINKE
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Tabea Mößner
- 101.19.145 -

4. Mehr Schwimmzeiten für Vereine

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

- 101.19.149 -

5. Soziale Härte während der Corona Pandemie

Anfrage Fraktion DIE LINKE

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Tabea Mößner

- 101.19.158 -

Freundliche Grüße

Norbert Sprafke

Vorsitzender

Niederschrift

über die 4. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport

am Dienstag, 31. August 2021, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

6. September 2021

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD

Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU

Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne

Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne

Esther Kalveram, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Annette Knieling, Mitglied, CDU

Tabea Mößner, Mitglied, DIE LINKE

Manuela Ernst, Mitglied, FDP

Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates

Ronny Blume, Vertreter des Behindertenbeirates

Helga Engelke, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Ulrike Gote, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung

Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Regine Bresler, Gesundheitsamt

Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Michael Basse, Sozialamt

Tanja Tribian, Analyse & Konzepte

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Gutachten zu Kosten der Unterkunft 2019 | 101.18.1215 |
| 2. Folgen der Rücknahme der Einschränkung für Geimpfte | 101.19.43 |
| 3. Menstruationsartikel zugänglich machen | 101.19.145 |
| 4. Mehr Schwimmzeiten für Vereine | 101.19.149 |
| 5. Soziale Härte während der Corona Pandemie | 101.19.158 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 24. August 2021 ordnungsgemäß einberufene 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 betr. „Gutachten zu Kosten der Unterkunft 2019“, Bericht des Magistrats, wird als letzter Tagesordnungspunkt behandelt.

2. **Folgen der Rücknahme der Einschränkung für Geimpfte**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Juni 2021
Bericht des Magistrats
-101.19.43-

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über mögliche Aktivitäten, die Organisation und die Auswirkungen der Lockerungen für Geimpfte bei Veranstaltungen der Stadt, in Senioren- und Pflegeheimen und der Sozialverbände im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Bürgermeisterin Friedrich berichtet über die Folgen der Rücknahme der Einschränkungen für Geimpfte, über die Lockerungen und verschiedenen Angebote.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. Menstruationsartikel zugänglich machen

3 von 5

Anfrage Fraktion DIE LINKE

- 101.19.145 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Toiletten gibt es in öffentlichen Gebäuden? (Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
2. In welchen städtischen Einrichtungen gibt es kostenfrei Menstruationsartikel? (Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
3. Sollte es schon freie Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten geben, um welche Art von Menstruationsartikeln handelt es sich?
 - a) Wie nachhaltig beurteilt der Magistrat die bisher vorhandenen freien Menstruationsartikel?
4. Wurden freie Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten bereits als Vorschlag an die Stadt herangetragen oder geprüft?
5. Wie beurteilt der Magistrat die Zugänglichkeit zu Menstruationsartikeln in Schulen, Jugendzentren, Bürger*innenhäusern, im Jobcenter und öffentlichen Gebäuden?
6. Auf welchen Toiletten gibt es Wickelmöglichkeiten?
7. (Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
8. Welche Konzepte sind dem Magistrat aus anderen Städten bekannt?

Stadträtin Gote beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

4. Mehr Schwimmzeiten für Vereine

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.149 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wird die neue Lehrschwimmhalle fertig gestellt sein?

2. Wie gedenkt der Magistrat dem Missstand, dass viele Kinder bis zur Errichtung der Lehrschwimmhalle nicht schwimmen lernen können, abzuhelpfen?
3. Ist der Magistrat bereit, den Vereinen und den Anbietern von Schwimmkursen (z.B. DLRG) mehr Schwimmzeiten für die Erteilung von Schwimmunterricht in den städtischen Bädern zur Verfügung zu stellen?

4 von 5

Stadtverordnete Schwalm, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage ihrer Fraktion. Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

5. Soziale Härte während der Corona Pandemie

Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.158 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Zwangsräumungen gab es je im Jahr 2018, 2019 und 2020?
2. Wie viele Sanktionen hat das Jobcenter von Januar 2020 bis heute je monatlich ausgestellt?
3. Aus welchen Gründen wurden Sanktionen ausgestellt?
4. Wie viele Personen haben die Fachstelle Wohnen im Jahr 2018, 2019 und 2020 aufgesucht?
5. Aus welchen Gründen suchten sie die Fachstelle auf?
6. Wie viele Haushalte erhielten je in den Jahren 2018, 2019 und 2020 Stromsperrern?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

- 1. Gutachten zu Kosten der Unterkunft 2019**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1215-

Beschluss

Mit jeder turnusgemäßen Beauftragung des Gutachtens zu den Kosten der Unterkunft wird dieses nach Fertigstellung im Sozialausschuss vorgestellt. Das Gutachten wird als Anlage zum jeweiligen Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Bürgermeisterin Friedrich führt in die Thematik ein und übergibt anschließend das Wort an Frau Deiß-Fürst und Frau Tribian. Frau Deiß-Fürst und Frau Tribian berichten über das Ausschreibungsverfahren und anhand einer PowerPoint Präsentation über das Gutachten zu Kosten der Unterkunft. Im Anschluss beantworten sie die Fragen der Ausschussmitglieder. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung: 18:07 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin

Stadt Kassel

**Konzept zur Ermittlung
der angemessenen Kosten
für Unterkunft 2021**

Bericht, August 2021



ANALYSE &
KONZEPTE
immo.consult

Inhalt

1	Überblick: Bedarfe für Unterkunft in der Stadt Kassel	3
2	Aufgabenstellung und Vorgehensweise	4
3	Datenverfügbarkeit und Datenschutz	6
4	Abstrakt angemessene Wohnungsgröße und Wohnungsstandard	7
4.1	Bestimmung der (abstrakt) angemessenen Wohnungsgröße	7
4.2	Bestimmung des angemessenen Wohnungsstandards	8
5	Vergleichsraum	9
5.1	Homogener Lebens- und Wohnbereich	9
6	Grundgesamtheit und Datenbasis des Wohnungsbestandes	11
6.1	Grundgesamtheit	11
6.2	Erhebung von Bestands- und Neuvertragsmieten	12
6.3	Bestandsmieten	15
6.3.1	Extremwertkappung	15
6.3.2	Neuvertragsmieten	17
6.4	Kalte Betriebskosten	18
6.5	Erhebung der Angebotsmieten	19
7	Ableitung der Angemessenheitsgrenzen	21
7.1	Methodischer Ansatz zur Definition eines angemessenen Marktsegmentes	21
7.2	Iteratives Verfahren	24
7.3	Angemessenheitsrichtwerte	28

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Angemessenheitsrichtwerte für Kosten der Unterkunft (Brutto-Kaltmieten)	3
Tab. 2	Abstrakt angemessene Wohnflächen	7
Tab. 3	Anzahl und Verteilung aller Bestands- und Neuvertragsmieten	13
Tab. 4	Repräsentativität nach Eigentumsform.....	15
Tab. 5	Ergebnisse der Extremwertkappung.....	16
Tab. 6	Anzahl und Verteilung der relevanten Bestandsmieten	17
Tab. 7	Anzahl und Verteilung der relevanten Neuvertragsmieten	17
Tab. 8	Anzahl und Verteilung der relevanten kalten Betriebskostenwerte	18
Tab. 9	Anzahl und Verteilung der relevanten Angebotsmieten	19
Tab. 10	Nachfragegruppen im unteren Marktsegment (gerundet).....	22
Tab. 11	Perzentilgrenzen.....	28
Tab. 12	Netto-Kaltmieten in €/m ²	29
Tab. 13	Durchschnittliche kalte Betriebskosten in €/m ² (Median).....	30
Tab. 14	Zusammensetzung der Richtwerte.....	31
Tab. 15	Angemessene Brutto-Kaltmiete (BKM) und die Verfügbarkeit von angemessenem Wohnraum.....	32

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Definition des angemessenen Marktsegmentes.....	23
Abb. 2	Iterative Ermittlung von Angemessenheitsrichtwerten.....	26
Abb. 3	Verteilung des verfügbaren Angebotes nach Stadtteilen.....	33
Abb. 4	Merkblatt institutionelle Vermieter - Kassel.....	35
Abb. 5	Fragebogen institutionelle Vermieter- Kassel	36
Abb. 6	Merkblatt private Vermieter- Kassel	37
Abb. 7	Fragebogen private Vermieter- Kassel.....	38

1 Überblick: Bedarfe für Unterkunft in der Stadt Kassel

Für die Stadt Kassel wurden die Bedarfe für Unterkunft ermittelt. Die Ergebnisse sind im Folgenden zusammengefasst. Herleitung, Definition und Hinweise zur Anwendung sind in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich beschrieben.


Für Leistungsempfänger werden die Bedarfe für Unterkunft übernommen, soweit diese angemessen sind. Die angemessenen Brutto-Kaltmieten für die Stadt Kassel sind in der untenstehenden Tabelle 1 dargestellt.

Gemäß der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts werden die Mietpreise für Wohnungen des einfachen Standards ermittelt. Anwendung findet dabei die vom Bundessozialgericht entwickelte Produkttheorie. Der Angemessenheitsrichtwert wird als Produkt aus Netto-Kaltmiete, den kalten Betriebskosten und einer maximalen abstrakt angemessenen Wohnfläche ausgewiesen. Er soll gewährleisten, dass es den Leistungsberechtigten möglich ist, im Vergleichsraum ausreichend Wohnraum des einfachen Standards anzumieten. Zudem ist er Garant für ein gleichmäßiges Verwaltungshandeln.

Bei der Anwendung der Angemessenheitsrichtwerte ist die Wohnfläche nicht maßgeblich, sondern nur die Anzahl der Personen je Bedarfsgemeinschaft.

Tab. 1 Angemessenheitsrichtwerte für Kosten der Unterkunft (Brutto-Kaltmieten)						
Vergleichsraum	Haushaltsgröße					
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	Jede weitere Person
Kassel	449,50	505,20	593,25	683,82	816,75	99,00

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



2 Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Seit Januar 2005 wird das System der Mindestsicherung in Deutschland in drei Rechtskreisen geregelt, und zwar in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), der Sozialhilfe (SGB XII) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Ein wichtiger Bestandteil ist hierbei die Anerkennung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (KdU). Diese setzen sich zusammen aus den Kosten für die Grundmiete, den kalten Betriebskosten sowie den Kosten für Heizung und Warmwasser.¹

Für Leistungsempfänger werden die tatsächlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung anerkannt, jedoch nur bis zur Höhe der "angemessenen" Kosten.²

Eine Definition dessen, was unter "angemessen" zu verstehen ist, ob und welche Wohnungsgrößen, Ausstattungsmerkmale und Mietpreisobergrenzen³ jeweils anzusetzen sind, wurde vom Gesetzgeber nicht vorgenommen. Unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten können die Angemessenheitsrichtwerte deshalb durch ein "schlüssiges Konzept" bestimmt werden.

Der Begriff der Angemessenheit der Bedarfe für Unterkunft und Heizung unterliegt dabei der richterlichen Kontrolle. Für die Erstellung von Schlüssigen Konzepten wurde deshalb ein Anforderungs- und Prüfungsschema entwickelt. Dieses Schema beinhaltet folgende Punkte:⁴

- "Die Datenerhebung darf ausschließlich in dem genau eingegrenzten und muss über den gesamten Vergleichsraum erfolgen (keine Bildung von sozialen Brennpunkten),
- es bedarf einer nachvollziehbaren Definition des Gegenstandes der Beobachtung, zB welche Art von Wohnungen - Differenzierung nach Standard der Wohnungen, Brutto- und Nettomiete (Vergleichbarkeit), Differenzierung nach Wohnungsgröße,
- Angaben über den Beobachtungszeitraum,
- Festlegung der Art und Weise der Datenerhebung (Erkenntnisquellen, zB Mietspiegel),
- Repräsentativität des Umfangs der eingezogenen Daten,
- Validität der Datenerhebung,
- Einhaltung anerkannter mathematisch-statistischer Grundsätze der Datenauswertung und
- Angaben über die gezogenen Schlüsse (zB Spannoberwert oder Kappungsgrenze)."

¹ Mit den Änderungen des SGB II im Jahr 2011 wurde der ursprüngliche Begriff "Kosten der Unterkunft" in "Bedarfe für Unterkunft" geändert. Die alte Abkürzung "KdU" und der Begriff "KdU-Regelung" haben sich jedoch als eigenständige Begriffe etabliert. Im Folgenden werden daher auch hier diese Begrifflichkeiten weiterhin genutzt und synonym verwendet.

² § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II

³ Analyse & Konzepte verwendet nachfolgend den Begriff Angemessenheitsrichtwert.

⁴ BSG, Urteil vom 17.12.2009 – B 4 AS 27/09 R und BSG, Urteil vom 19.02.2009 – B 4 AS 30/08 R und BSG, Urteil vom 10.9.2013 – B 4 AS 77/12 R und BSG, Urteil vom 16.06.2015 – B 4 AS 44/14 R.

Die Bestimmung der Angemessenheitsrichtwerte erfolgt unter Einhaltung dieses Anforderungs- und Prüfungsschema. Das vorliegende Konzept dokumentiert die methodischen Grundlagen sowie die Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen für die Stadt Kassel

Hinsichtlich der Vorgehensweise hat das Bundessozialgericht ausgehend von der bisherigen Rechtsprechung und unter Einbeziehung der Rechtsentwicklung festgestellt, dass die Ermittlung der Angemessenheitsrichtwerte in einem mehrstufigen Verfahren erfolgen soll: *„(1) Bestimmung der (abstrakt) angemessenen Wohnungsgröße für die leistungsberechtigte(n) Person(en), (2) Bestimmung des angemessenen Wohnungsstandards, (3) Ermittlung der aufzuwendenden Nettokaltmiete für eine nach Größe und Wohnungsstandard angemessene Wohnung in dem maßgeblichen örtlichen Vergleichsraum nach einem schlüssigen Konzept, (4) Einbeziehung der angemessenen kalten Betriebskosten.“*⁵

Die Konzeption und die einzelnen Schritte der Vorgehensweise sind hier kurz im Überblick dargestellt.

Die ausführlichen methodischen Erläuterungen erfolgen im jeweiligen Kapitel:

1. Bestimmung der (abstrakt) angemessenen Wohnungsgröße

In einem ersten Schritt wird, unter Zuhilfenahme der Grenzen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, die abstrakt angemessene Wohnungsgröße definiert (siehe Kapitel 4.1).

2. Bestimmung des angemessenen Wohnungsstandards

Im zweiten Schritt erfolgt die methodische Herleitung des einfachen Wohnungsstandards (siehe Kapitel 4.2 sowie deren Anwendung im Kapitel 7).

3. Ermittlung der Nettokaltmiete im örtlichen Vergleichsraum

Die Ermittlung der Netto-Kaltmieten und die Festlegung des örtlichen Vergleichsraumes sind nach Rechtsprechung nicht voneinander zu trennen. Die Beschreibung des Vergleichsraumes erfolgt in Kapitel 5, die Ermittlung der Netto-Kaltmiete in Kapitel 7.

4. Ermittlung der angemessenen kalten Betriebskosten

Im vierten und letzten Schritt erfolgt die Auswertung der kalten Betriebskosten. Die Vorgehensweise ist in Kapitel 7 beschrieben.

⁵ Zuletzt BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 14 AS 24/18 R.

3 Datenverfügbarkeit und Datenschutz

Die Ermittlung angemessener Brutto-Kaltnieten erfordert eine Primärerhebung von Mietdaten. Für die Datenerhebung besteht keine gesetzliche Anspruchsgrundlage, sodass eine Datenerhebung nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden kann.

Im Falle der Stadt Kassel erfolgte eine schriftliche Befragung von Vermietern (im Detail siehe Kapitel 6.2).

Die Freiwilligkeit der Angaben erfordert - insbesondere, wenn zwecks Aktualisierung des Konzeptes Folgebefragungen erforderlich werden - einen sehr sensiblen Umgang mit den erhobenen Daten. Auch wenn es sich bei den Mietwerten nicht um personenbezogene Daten handelt, so stellen die konkreten, wohnungsbezogenen Daten der Unternehmen beziehungsweise Eigentümer elementare Daten ihres Geschäftsbetriebs dar.

Anwendung finden datenschutzrechtliche Aspekte bei der Adressgenerierung für die Anschreiben und der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten nach § 21 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) beziehungsweise nach § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und Art. 28 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Die Wahrung schutzwürdiger Daten erfolgte während der Projektbearbeitung durch die Umsetzung und Einhaltung folgender Punkte:

- Datenschutzkonzept,
- Nutzung der Erhebungsdaten ausschließlich zur Erstellung des Konzeptes zur Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft für die Stadt Kassel,
- Sicherung der betroffenen Verzeichnisse und Dateibereiche durch Passwörter,
- Löschung aller nicht mehr benötigten personenbezogenen Daten (Adressdaten) nach dem Versand der Erhebungsunterlagen,
- Verpflichtung aller Mitarbeiter zur Einhaltung des Datenschutzes gemäß § 3 BDSG.

Die befragten Personen wurden in den Anschreiben über die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Befragung informiert. Die anonymisierten Originaldaten werden nur für Streitfälle im Sozialgerichtsprozess zur Verfügung gestellt. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Daten nur von berechtigten Personen genutzt werden können. Diese Personen sind auf die Einhaltung des Datenschutzes zu verpflichten, sodass auszuschließen ist, dass die Originaldaten die Stadt Kassel der berechtigten Personen verlassen.

4 Abstrakt angemessene Wohnungsgröße und Wohnungsstandard

Im Vorfeld der Datenerhebung sind die angemessene Wohnungsgröße und der angemessene Wohnungsstandard zu definieren.

4.1 Bestimmung der (abstrakt) angemessenen Wohnungsgröße


In einem ersten Schritt ist die abstrakt angemessene Wohnungsgröße festzustellen.⁶ Sie bildet die Basis für die Berechnung der Mieten nach dem Prinzip der Produkttheorie. Das Produkt zur Beurteilung der Angemessenheit berechnet sich aus der für die jeweilige Wohnungsgrößenklasse ermittelten Quadratmetermiete für Wohnungen einfachen Standards und der für die Größe der Bedarfsgemeinschaft definierten abstrakt angemessenen Wohnfläche. Die Festlegung der angemessenen Wohnungsgrößen erfolgt dabei unabhängig von der Anzahl der Räume.⁷

Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts bilden die Grenzen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus den Rahmen für die rechnerisch in Ansatz zu bringenden angemessenen Wohnflächen. Für das Bundesland Hessen sind diese in der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Bindungen geförderter Wohnungen geregelt.

Diese Größenklassen werden für das Schlüssigen Konzeptes der Stadt Kassel unverändert übernommen.

Tab. 2 Abstrakt angemessene Wohnflächen	
Haushaltsgröße	Wohnungsgröße
1 Person	> 25 bis ≤ 50 m ²
2 Personen	> 50 bis ≤ 60 m ²
3 Personen	> 60 bis ≤ 75 m ²
4 Personen	> 75 bis ≤ 87 m ²
5 Personen	> 87 bis ≤ 99 m ²
Jede weitere Person	+ 12 m ²

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Aufgrund der geringen Zahl sehr großer Bedarfsgemeinschaften einerseits und der relativ geringen Anzahl sehr großer Wohnungen andererseits wird für Haushalte mit mehr als fünf Personen kein Richtwert abgeleitet. Hierbei sind für jede weitere Person 12 Quadratmeter zusätzlich zu berücksichtigen. Grundlage bildet der Mietpreis für die 5-Personen-Haushalte.

⁶ BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R und BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 4 AS 24/18 R.

⁷ BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 2/10 R.

4.2 Bestimmung des angemessenen Wohnungsstandards

In einem zweiten Schritt ist die Angemessenheit der Mietkosten für Wohnungen des einfachen Standards zu bestimmen.⁸ Diese muss auf Basis der regionalen Gegebenheiten bestimmt werden, da nur so eine entsprechende Versorgung der Bedarfsgemeinschaften sichergestellt wird. Was angemessen ist, ist somit immer relativ. Die Festlegung von Angemessenheitsgrenzen für das einfache Wohnungsmarktsegment ist dabei von zwei Einflussfaktoren abhängig, nämlich von der regional vorzufindenden Qualität des relevanten Mietwohnungsbestandes sowie von der Anzahl der zu versorgenden Bedarfsgemeinschaften. Denn wenn die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften beziehungsweise deren Anteil an den Haushalten im Untersuchungsgebiet größer ist, werden mehr Wohnungen zur hinreichenden Versorgung benötigt als bei einer geringeren Anzahl zu versorgender Bedarfsgemeinschaften.

In der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts wurden zur Bestimmung des unbestimmten Rechtsbegriffes der Angemessenheit (siehe § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II und § 35 Absatz 2 Satz 1 SGB XII) und des hierfür zugrunde gelegten einfachen Standards in der Entscheidung vom 22.09.2009 zwei Erhebungsansätze dargestellt:

„Ein schlüssiges Konzept kann sowohl auf Wohnungen aus dem Gesamtwohnungsbestand (einfacher, mittlerer, gehobener Standard) als auch auf Wohnungen nur einfachen Standards abstellen. Legt der Grundsicherungsträger seiner Datenerhebung nur die Wohnungen so genannten einfachen Standards zu Grunde, muss er nachvollziehbar offen legen, nach welchen Gesichtspunkten er dabei die Auswahl getroffen hat. In diesem Fall ist als Angemessenheitsgrenze der Spannenoberwert, dh der obere Wert der ermittelten Mietpreisspanne zu Grunde zu legen.“⁹

In beiden Ansätzen werden jedoch in der Regel nur Wohnungsbestände berücksichtigt, die über eine vermietetseitige Ausstattung der Wohnung mit einem Bad und einer Sammelheizung (die Brennstoffzufuhr erfolgt nicht manuell) verfügen. Wohnungen ohne Bad oder Sammelheizung repräsentieren in der Regel das unterste Marktsegment, welches nach Ansicht des Bundessozialgerichts für eine Anmietung nicht auf Dauer zumutbar ist.

Analyse & Konzepte wendet den ersten Erhebungsansatz an und definiert die Angemessenheitsgrenzen für den einfachen Standard über die Höhe der Netto-Kaltmiete pro Quadratmeter. Wie sich in Mietspiegelerhebungen beziehungsweise Mietspiegeltabellen zeigt, gibt es einen engen positiven Zusammenhang zwischen der Ausstattungsqualität einer Wohnung und deren Quadratmeterpreis. Je besser die Ausstattung der Wohnung ist, desto höher ist zumeist der Mietpreis pro Quadratmeter. Wohnungen des einfachen Standards sind entsprechend die Bestände vor Ort, mit den niedrigsten Mieten. Auch das Bundessozialgericht weist in seiner Rechtsprechung darauf hin, dass sich der Standard nach Ausstattung, Lage und Bausubstanz im Quadratmeter niederschlägt.¹⁰

⁸ BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 4 AS 24/18 R.

⁹ BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R.

¹⁰ BSG, Urteil vom 07.11.2006 – B 7b AS 18/06 R.

5 Vergleichsraum

Nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes ist der Vergleichsraum der Raum, für den ein grundsätzlich einheitlicher abstrakter Angemessenheitswert zu ermitteln ist, innerhalb dessen einer leistungsberechtigten Person ein Umzug zur Kostensenkung grundsätzlich zumutbar ist und ein nicht erforderlicher Umzug nach § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II zu einer Deckelung der Aufwendungen auf die bisherigen Aufwendungen führt. Der Vergleichsraum ist ein ausgehend vom Wohnort der leistungsberechtigten Person bestimmter ausreichend großer Raum der Wohnbebauung, der aufgrund räumlicher Nähe, Infrastruktur und insbesondere verkehrstechnischer Verbundenheit einen insgesamt betrachtet homogenen Lebens- und Wohnbereich bildet.¹¹

Dabei bildet nach der auch für schlüssige Konzepte im Rahmen des § 22 Abs. 1 SGB II entsprechend anzuwendenden gesetzgeberischen Vorgabe in § 22b Abs. 1 Satz 4 SGB II das Zuständigkeitsgebiet eines Jobcenters zunächst einen Vergleichsraum.¹²

Das Bundessozialgericht betont zudem, dass seine Rechtsprechung zu Großstädten als ein Vergleichsraum nicht bei kleineren Städten zu kleinräumigen Einheiten führen soll, sondern im Gegenteil ein möglichst großes Gebiet erfasst werden sollte.¹³ Hinsichtlich der Größe des zu bildenden räumlichen Vergleichsmaßstabes sind zwei grundlegende Aspekte zu berücksichtigen.

Unter Zugrundelegung der vorgenannten Maßstäbe stellt die Stadt Kassel einen Vergleichsraum dar.

5.1 Homogener Lebens- und Wohnbereich

Im Falle einer unangemessenen Miete soll, sofern vorhanden, der Verweis auf angemessenen Wohnraum innerhalb des Wohnortes im Sinne des Bundessozialgerichts erfolgen. Dadurch soll der Lebensmittelpunkt einer Bedarfsgemeinschaft geschützt werden. Prämisse bei der Definition von Wohnräumen ist, dass dem grundsätzlich zu respektierenden Recht der Leistungsberechtigten auf Verbleib in ihrem sozialen Umfeld ausreichend Rechnung getragen wird.¹⁴

Entsprechend soll bei der Festlegung von Angemessenheitsrichtwerten einbezogen werden, dass am Wohnort (im Sinne des BSG) eine angemessene Wohnung auch verfügbar ist.¹⁵

Ob der gesamte Vergleichsraum einer Bedarfsgemeinschaft tatsächlich zugemutet werden kann, kann nur im Rahmen einer Einzelfallprüfung analysiert werden. So ist der Schulbesuch nur für einen kleinen Teil der Bedarfsgemeinschaften relevant, nämlich für Haushalte mit Kindern, und kann daher nicht im Rahmen der abstrakten Prüfung berücksichtigt werden. Auch können Kindern mit zunehmendem Alter längere Wegstrecken zugemutet werden. Wesentlich wäre in diesen Fällen, wie die Schulen erreicht werden können. Für Empfänger von Grundsicherung im Alter nach SGB XII

¹¹ BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 14 AS 11/18 R.

¹² BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 14 AS 24/18 R.

¹³ BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 14 AS 24/18 R.

¹⁴ BSG, Urteil vom 20.08.2009 – B 14 AS 65/08 R.

¹⁵ BSG, Urteil vom 17.12.2009 – B 4 AS 50/09 R und BSG, Urteil vom 17.12.2009 – B 4 AS 27/09 R.

ist die Frage des Schulortes in der Regel gänzlich hinfällig. Ähnlich argumentiert auch das Bundessozialgericht.¹⁶

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass sich der homogene Wohn- und Lebensbereich im Einzelfall zu meist bestimmen lässt, die Einzelfälle insgesamt jedoch so unterschiedlich sind, dass sich

- zum einen kaum ein für eine Stadt oder einen Landkreis verallgemeinerbarer Lebensbereich definieren lässt
- und zum anderen sich dieser empirisch nicht berechnen lässt, aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren und Merkmalsausprägungen, für die zum Teil keine Daten vorliegen und die auch nicht sinnhaft zueinander in Beziehung gesetzt werden können.

Der homogene Wohn- und Lebensbereich selbst kann im individuellen Fall sowohl Teile des eigenen Vergleichsraumes als auch anderer Vergleichsräume umfassen.

- Er gilt als der Bereich, innerhalb dessen es für eine Bedarfsgemeinschaft auf Wohnungssuche zumutbar ist, alternativen Wohnraum zu suchen (Suchbereich). Als Orientierungsmaßstab verweist die Rechtsprechung auf § 140 SGB III, durch den die Fahrzeiten beschrieben werden, die erwerbstätigen Pendlern zugemutet werden.¹⁷
- Er gilt als der Bereich, innerhalb dessen § 22 Abs. 1 Satz 2 SGB II greift. Bei einem nicht notwendigen - aber erfolgten - Umzug gilt also innerhalb des Vergleichsraums für die neu bezogene Unterkunft die bisherige angemessene Höhe der Unterkunftskosten als Grenze der Bedarfsdeckung, außerhalb des Vergleichsraums wegen Art. 11 GG die Angemessenheitsgrenze des Zielorts.¹⁸
- Er ist auch derjenige Bereich, innerhalb dessen die gleiche Angemessenheitsgrenze gilt (Preiszone).
- Gleichzeitig gilt der Vergleichsraum gemäß BSG-Rechtsprechung auch als Bereich, innerhalb dessen Daten ausgewertet werden müssen.¹⁹

¹⁶ BSG, Urteil vom 11.12.2012 – B 4 AS 44/12 R.

¹⁷ BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 2/10 R.

¹⁸ BSG, Urteil vom 01.06.2010 – B 4 AS 60/09 R.

¹⁹ BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R.

6 Grundgesamtheit und Datenbasis des Wohnungsbestandes

Die Erkenntnisquelle für die Ermittlung der Angemessenheitsrichtwerte ist eine eigenständige Datenerhebung, welche sowohl **Bestands-** und **Neuvertragsmieten** als auch **Angebotsmieten** umfasst.²⁰

6.1 Grundgesamtheit

Die Aufgabe, den gesamten Wohnungsmarkt abzubilden, bedeutet nicht, alle Wohnungen berücksichtigen zu müssen, denn in seiner Entscheidung vom 18.06.2008 hat das Bundessozialgericht dies auf den "in Betracht zu ziehenden Mietwohnungsbestand" beschränkt, ohne diesen jedoch genauer zu definieren.²¹

Entscheidend ist, dass nur auf Mietwohnungen abzustellen ist. Darüber hinaus kann die Rechtsprechung - analog zum Mietspiegel - dahin gehend interpretiert werden, dass nur Mieten berücksichtigt werden, die prinzipiell für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sind. Zusätzlich sind Wohnungen, die Zugangsbeschränkungen der sozialen Wohnraumförderung unterliegen, zu berücksichtigen, da diese ja gerade auch für Bedarfsgemeinschaften zur Verfügung stehen sollen. Dementsprechend werden Mieten, die mit persönlichen Beziehungen oder mit weiteren Leistungen gekoppelt sind, nicht berücksichtigt. Hierzu gehören folgende Wohnungen:

- Wohnungen mit Freundschaftsmieten (Vermietung zu reduzierten Mieten an Angehörige oder nähere Verwandte),
- mietpreisreduzierte Werks- und Dienstwohnungen,
- Substandardwohnungen,
- Wohnungen in Wohn- und Pflegeheimen,
- gewerblich oder teilgewerblich genutzte Wohnungen (mit Gewerbemietvertrag),
- möblierte Wohnungen.

Solche Mietverhältnisse wurden durch entsprechende Filterfragen bei der Mietwerterhebung der Stadt Kassel ausgeschlossen. Die Ausfilterung dieser Bestände kann erst im Rahmen der Erhebung stattfinden, da entsprechende Merkmale nicht zentral erfasst sind.

²⁰ Das schlüssige Konzept folgt daher dem Rechtsgedanken für Satzungen nach § 22c SGB II, sodass einerseits "geeignete eigene statistische Datenerhebungen und -auswertungen oder Erhebungen Dritter einzeln oder kombiniert [zu] berücksichtigen" sind und andererseits "sowohl Neuvertrags- als auch Bestandsmieten [in die Auswertung] einfließen".

²¹ BSG, Urteil vom 18.06.2008 – B 14/7b AS 44/06 R.

Die Abschätzung der Anzahl relevanter beziehungsweise nicht relevanter Wohnungen ist mithilfe der amtlichen Statistik schwierig.²² Der in Betracht zu ziehende Mietwohnungsbestand kann wie folgt abgeschätzt werden:

- Laut Zensus 2011 sind rund 73.290 Wohnungen zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei). Von dieser Größe sind allerdings nicht relevante Mietwohnungsbestände abziehen (siehe Ausführungen oben) beziehungsweise die seit 2011 neu gebauten Wohnungen hinzurechnen.
- Die Zahl der relevanten Mietwohnungen reduziert sich nochmals über die Größe der Wohnungen. In dieser Analyse werden Wohnungen zwischen 25 und 99 m² betrachtet.
- Darüber hinaus sind auch Wohnungen des untersten Standards (Substandard) zu entfernen. In der Stadt Kassel gibt es 465 Mietwohnungen ohne Badewanne/Dusche und/oder WC. In 145 Fällen gibt es keine Heizung im Gebäude oder in den Wohnungen. Hintergrund ist, dass das Bundessozialgericht festgelegt hat, dass Wohnungen des untersten Standards nicht zu berücksichtigen sind, weil Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Sinne der Existenzsicherung grundsätzlich nicht auf solche Substandardwohnungen verwiesen werden können.²³

Entsprechend wurden im Rahmen der Erhebungen beziehungsweise Auswertungen nur diejenigen Wohnungen berücksichtigt, die vermietetseitig zumindest über die Merkmale "Bad" und "Sammelheizung" verfügen. Wohnungen, die diesem Niveau nicht genügen, blieben unberücksichtigt. Diese Merkmale wurden durch den Erhebungsfragebogen erfasst.

6.2 Erhebung von Bestands- und Neuvertragsmieten

Für die Grundgesamtheit gilt es anhand der Mietwerterhebung eine repräsentative Datenbasis zu ermitteln. Die Mietwerterhebung für die Stadt Kassel basiert auf einer umfangreichen Vermieterbefragung. Um die Mieten im Untersuchungsgebiet umfassend abbilden zu können, wurden die Erhebungen in einem zweistufigen Verfahren durchgeführt:

1. Stufe

Im ersten Schritt wurden die größeren Vermieter und Verwalter identifiziert, die in der Lage sind, eine große Zahl an Mietwerten elektronisch zu übermitteln, da sie über eine professionelle Wohnungsverwaltung verfügen. Diese Vermieter wurden von der Stadt Kassel angeschrieben und anschließend von Analyse & Konzepte gebeten, die für die Erhebung benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen.

²² Nachfolgende Statistiken beziehen sich auf die Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2011.

²³ BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 50/10 R.

2. Stufe

Um einen möglichst umfassenden Überblick über das örtliche Mietniveau zu erlangen, war es notwendig, auch die Mieten privater Vermieter in der Erhebung zu berücksichtigen, die nicht auf eine elektronische Datenverarbeitung und professionelle Wohnungsverwaltungssoftware zurückgreifen können.

Für die Befragung der kleineren privaten Vermieter wurden Adressdaten der Stadt Kassel verwendet. Aus diesen wurden vorab diejenigen Adressen herausgefiltert, für die von den Vermietern und Verwaltern Mietdaten bereits zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt wurden 2.400 Eigentümer angeschrieben und um eine freiwillige Teilnahme an der Befragung gebeten.

Im Rahmen der Erhebung erhielten die Vermieter ein Informationsanschreiben sowie entsprechende Erhebungsbögen (siehe Anlage 1).


Die befragten Personen hatten die Möglichkeit kostenlos an der Befragung teilzunehmen, indem Sie den Fragebogen mit dem beiliegenden und vorfrankierten Rücksendeumschlag zurückschicken konnten. Darüber hinaus konnten Vermieter größerer Bestände auch eine Excel-Datei herunterladen oder den Fragebogen online ausfüllen.

Die von Analyse & Konzepte durchgeführte Erhebung in der Stadt Kassel fand von April bis Juni 2021 statt. Die Mietdaten wurden unabhängig vom Erhebungsdatum jeweils zum Stichtag 01.04.2021 erhoben. Die stichtagsbezogene Befragung ermöglicht im Sinne einer systematischen Erhebung, dass die aktuellen Verhältnisse des örtlichen Mietwohnungsmarktes vergleichbar erhoben werden.

Im Ergebnis umfasst die Mietwerterhebung für die Stadt Kassel 18.072 erhobene Mietwerte (ohne nicht zuordenbare Werte) (siehe Tabelle 3).

Tab. 3 Anzahl und Verteilung aller Bestands- und Neuvertragsmieten								
Vergleichsraum	Wohnungsgröße							Summe
	< 25 m²	≥25 ≤50 m²	> 50 ≤ 60 m²	> 60 ≤ 75 m²	> 75 ≤ 87 m²	> 87 ≤ 99 m²	> 99 m²	
Kassel	35	4.087	4.567	5.644	2.420	905	414	18.072

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Bereits in einem Grundsatzurteil hat das Bundessozialgericht festgestellt, dass ein Konzept schlüssig ist, wenn die "Repräsentativität des Umfangs der eingezogenen Daten" gewährleistet ist.²⁴

Zudem hat das Bundessozialgericht bezüglich der Repräsentativität festgehalten, dass dies vorliegen könnte, "wenn die Datenbasis auf mindestens 10 % des regional in Betracht zu ziehenden Mietwohnungsbestandes beruht".²⁵

Wenngleich diese Größe auf Ebene einiger Sozialgerichte als Prüfkriterium verstanden wird, so ist dieses Kriterium des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2008 in den folgenden Jahren der Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes nicht wiederholt worden und kann daher nicht als verfestigt angesehen werden. Darüber hinaus hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen für die Stadt Wilhelmshaven eine Stichprobe von 5,66 % akzeptiert. Dies wurde bereits im Jahr 2009 vom Bundessozialgericht bestätigt.²⁶

Die "Repräsentativität" ist kein statistischer Fachbegriff. In [der] Marktforschung und Alltagssprache wird darunter verstanden, dass aus Ergebnissen einer Stichprobe Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit gezogen werden können.²⁷

Die vom Bundessozialgericht genannte Quote von 10 % ist statistisch-wissenschaftlich nicht begründet. Eine Quote in Höhe von 10 % ist ferner hinsichtlich der Stichprobentheorie auch nicht notwendig. Der Mietspiegel für München 2019 basiert beispielsweise auf einer Ergebnisstichprobe von 3.140 Mietwohnungen. Bezogen auf den gesamten Mietwohnungsbestand laut Zensus 2011 in Höhe von 555.200 Einheiten beträgt die vom Bundessozialgericht akzeptierte Erhebung nicht einmal 1 %. In den Hinweisen zur Erstellung von Mietspiegeln des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wird für größere Städte empfohlen, bis zu 1 % des Wohnungsbestandes zu erheben. Dies ist allerdings abhängig von der angewandten Auswertungsmethode.²⁸

Von den zum Stichtag erhobenen 18.072 Bestandsmieten konnten 17.243 Mieten verwendet werden. Nicht relevante Angaben wurden bereits im Vorfeld ausgeschlossen oder anhand von Filterfragen ausgesondert. Es handelt sich hierbei unter anderem um unvollständige Fragebögen sowie um Wohnungen ohne Bad und Heizung, Werks- oder Dienstwohnungen, gewerbliche Vermietungen oder Wohnungen, die zu einer Gefälligkeitsmiete an Freunde oder Verwandte vermietet wurden (siehe Kapitel 6.1).

Dieser bereinigte Datensatz liegt den folgenden Auswertungen zugrunde und kann für weitere Analysen im Rahmen gerichtlicher Verfahren herangezogen werden.

²⁴ BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R.

²⁵ BSG, Urteil vom 18.06.2008 – B 14/7b AS 44/06 R.

²⁶ BSG, Urteil vom 17.12.2009 - B 4 AS 19/09 R und LSG NSB, Urteil vom. 11.12.2008 – L 13 AS 210/08.

²⁷ Seite 287, Forschungsbericht 478, Ermittlung der existenzsichernden Bedarfe für die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) – Endbericht incl. Materialband –, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017, Berlin.

²⁸ Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2014, Seite 26.

6.3 Bestandsmieten

Sämtliche erhobene Daten wurden in einem Datensatz zusammengefasst. Um die Daten nutzen und auswerten zu können, waren vorab einige Arbeitsschritte zur Erstellung einer einheitlichen Datenbasis notwendig. Dazu gehörte unter anderem:

- Umrechnung der ermittelten Mietdaten auf den einheitlichen Begriff der Netto-Kaltmiete pro Quadratmeter,
- Zuordnung der Mieten zum Vergleichsraum und Wohnungsgrößenklassen.

Im Rahmen der Befragung wurde ein mehrstufiges Verfahren zur Erhebung von Mietwerten bei allen Vermietergruppen im Stadtgebiet durchgeführt. In der ersten Stufe der Erhebung wurden die institutionellen Wohnungsanbieter (z. B.: Wohnungsgenossenschaften, Kommunale- und privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen) kontaktiert. In der zweiten Erhebungsstufe wurden Privatpersonen und Gemeinschaften von Wohnungseigentümern befragt. Die Tabelle 4 stellt den Mietwohnungsbestand hinsichtlich der Eigentümerstruktur dar.²⁹

Tab. 4 Repräsentativität nach Eigentumsform		
	Anteil Privateigentümer¹ laut Zensus 2011	Anteil Privateigentümer Erhebung
Kassel	63 %	3%
¹ Anteil Mietwohnungen bei Privatpersonen und Gemeinschaften von Wohnungseigentümern an allen Mietwohnungen laut Zensus 2011. Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021		



Insgesamt 63 % der Mietwohnungen in der Stadt Kassel werden über Privatpersonen und Wohnungseigentümergeinschaften vermietet.

Damit die Daten repräsentativ ausgewertet werden können, erfolgt eine nachträgliche Gewichtung der erhobenen Bestandsmieten hinsichtlich der Eigentümerstruktur. Dabei wurde der Anteil der Wohnungen von Privatpersonen und Wohnungseigentümergeinschaften von 63 % als Gewichtungsfaktor verwendet, um ein gewichtetes Mittel zu berechnen (vgl. Kapitel 7.3).

6.3.1 Extremwertkappung

Vor den weiteren Auswertungen der Quadratmetermieten wurde für jedes Tabellenfeld eine Extremwertkappung vorgenommen. Bei Extremwerten handelt es sich um Mietwerte, die sich deutlich von anderen Werten eines Tabellenfeldes unterscheiden und deshalb nicht in die Auswertungen einbezogen werden sollen ("Ausreißer"). Die Eliminierung von Extremwerten erhöht die Robustheit der Auswertungen, da einzelne sehr hohe oder sehr niedrige Mietwerte die Mittelwerte verzerren können.

²⁹ Die Eigentumsformen wurden zuletzt im Zensus 2011 erhoben.


Für die Frage, wann es sich bei einem Mietwert um einen Extremwert handelt, gibt es keine allgemeingültige beziehungsweise Definition. In den aktuellen Hinweisen der Bundesregierung zur Erstellung von Mietspiegeln wird folgende Anforderung an eine Extremwertkappung gestellt:

Beim qualifizierten Mietspiegel ist auf eine statistisch fundierte Eliminierung von Ausreißern zu achten. *„Die Eliminierung darf nicht auf Basis willkürlicher Festlegungen, z. B. durch den Arbeitskreis Mietspiegel, erfolgen.“*³⁰

Bei allen Mietwerterhebungen werden standardmäßig alle Werte aussortiert, die außerhalb des Bereichs um den Mittelwert herum liegen, der durch die um den Faktor 1,96 multiplizierte Standardabweichung definiert ist. Dieses Vorgehen wurde in Anlehnung an die Verteilungsverhältnisse einer Normalverteilung gewählt, bei der sich in diesem Intervall 95 % aller Fälle befinden.

Die Werte außerhalb des Bereiches des 1,96-fachen der Standardabweichung werden in der Statistik als "Ausreißer" (Extremwerte) behandelt. Nach Durchführung der Extremwertkappung standen für die Auswertung insgesamt 16.272 Mieten zur Verfügung (vergleiche Tabelle 5).

Tab. 5 Ergebnisse der Extremwertkappung	
Alle erhobenen Bestands- und Neuvertragsmieten	18.072
./. Ausschluss (nicht relevante Wohnungen)	829
Vollgültige Mietwerte	17.243
./. Extremwertkappung	971
Mietwerte für Auswertungen	16.272
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021	



Hinsichtlich der notwendigen Felddbesetzung können die Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln herangezogen werden. Demnach wird für qualifizierte Mietspiegel eine Mindestbesetzung von 30 Fällen je Mietspiegelfeld empfohlen. Hierbei handelt es sich jedoch um eine Faustformel für den notwendigen Mindestumfang. In der hier vorliegenden Auswertung weisen sämtliche Tabellenfelder mit 48 bis 5.057 Mietwerten Fallzahlen auf, die ausreichend sind, um den Anforderungen an die Fallzahlen für qualifizierte Mietspiegel zu genügen.³¹

³⁰ Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2014, Seite 28.

³¹ Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2014, Seite 26.

Tab. 6 Anzahl und Verteilung der relevanten Bestandsmieten						
Vergleichsraum	Wohnungsgröße					Summe
	≥ 25 ≤ 50 m ²	> 50 ≤ 60 m ²	> 60 ≤ 75 m ²	> 75 ≤ 87 m ²	> 87 ≤ 99 m ²	
Kassel	3.835	4.157	5.195	2.236	849	16.272
Davon						
Institutionelle Vermieter	3.668	4.073	5.057	2.144	801	15.743
Private Vermieter	167	84	138	92	48	529
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021						



6.3.2 Neuvertragsmieten

Zur Ermittlung des aktuellen Mietniveaus werden die Neuvertragsmieten aus den erhobenen Bestandsmieten gesondert betrachtet. Es handelt sich bei den Neuvertragsmieten um eine Teilmenge aller erhobenen Bestandsmieten (siehe Tabelle 7).

Abweichend zu der Definition von Neuvertragsmieten in Mietspiegeln werden nachfolgend alle Bestandsmieten, die im Zeitraum vom 01.04.2019 bis zum 01.04.2021 neu abgeschlossen worden sind, als Neuvertragsmieten betrachtet. Somit ist die Definition der Neuvertragsmieten deutlich restriktiver als sie in Mietspiegeln vorgesehen ist.³²

Tab. 7 Anzahl und Verteilung der relevanten Neuvertragsmieten						
Vergleichsraum	Wohnungsgröße					Summe
	≥ 25 ≤ 50 m ²	> 50 ≤ 60 m ²	> 60 ≤ 75 m ²	> 75 ≤ 87 m ²	> 87 ≤ 99 m ²	
Kassel	841	929	960	319	103	3.152
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021						




Berücksichtigung finden die Neuvertragsmieten bei der Beurteilung des aktuellen Mietniveaus. Sie stellen dar, wie hoch der Anteil an Wohnungen ist, die tatsächlich zu den ermittelten Angemessenheitsrichtwerten angemietet werden können. Die Ausführungen dazu können Kapitel 7 entnommen werden.

³² Seit dem 01.01.2020 werden in qualifizierten Mietspiegel Mietverträge berücksichtigt, deren Miete in den letzten 6 Jahren neu abgeschlossen oder geändert wurde.

6.4 Kalte Betriebskosten

Das Ziel bei der Ermittlung der Angemessenheitsrichtwerte ist es, eine Brutto-Kaltmiete, bestehend aus der Netto-Kaltmiete und den kalten Betriebskosten, auszuweisen. Dafür wurden alle ausgefüllten Fragebögen, in denen vollständige Angaben zu den Betriebskosten vorhanden waren, ausgewertet.

Die Fallzahl unterscheidet sich von den erhobenen Bestandsmieten, da nicht in jedem Fragebogen auch eindeutige Angaben zu den kalten Betriebskosten vorhanden waren. Darüber hinaus wurden nur die Betriebskostenwerte berücksichtigt, in denen die Kosten für Wasser und Abwasser enthalten waren (siehe Tabelle 8).

Tab. 8 Anzahl und Verteilung der relevanten kalten Betriebskostenwerte						
Vergleichsraum	Wohnungsgröße					Summe
	≥ 25 $\leq 50 \text{ m}^2$	> 50 $\leq 60 \text{ m}^2$	> 60 $\leq 75 \text{ m}^2$	> 75 $\leq 87 \text{ m}^2$	> 87 $\leq 99 \text{ m}^2$	
Kassel	3.769	4.238	5.187	2.154	806	16.154
Davon						
Institutionelle Vermieter	3.630	4.170	5.079	2.084	762	15.725
Private Vermieter	139	68	108	70	44	429
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021						

6.5 Erhebung der Angebotsmieten

Neben den Bestands- und Neuvertragsmieten werden Angebotsmieten erfasst, um das aktuelle Vermietungsgeschehen abzubilden und die abstrakte Verfügbarkeit prüfen zu können. Daher wurde im Rahmen der Untersuchung neben der Erhebung der Bestands- und Neuvertragsmieten auch eine Recherche der aktuellen Angebotsmieten vorgenommen.

Die Recherche der Angebotsmieten wurde im Zeitraum Januar bis Ende Juni 2021 durchgeführt. Dabei wurden unter anderem die folgenden Quellen³³ ausgewertet:

- Immobilienscout 24,
- Immonet,
- Immowelt,
- Immopool,
- eBay-Kleinanzeigen.


Sämtliche Daten wurden in einem Datensatz gespeichert. Um die Daten nutzen und auswerten zu können, waren vorab einige Arbeitsschritte zur Erstellung einer einheitlichen Datenbasis notwendig. Dazu gehörten unter anderem:

- Zuordnung der Mieten zum Vergleichsraum,
- Bereinigung der Daten um Dubletten (Mehrfachinserate),
- Eliminierung von Extremwerten.

Während des Erhebungszeitraumes konnten insgesamt 3.999 Wohnungsangeboten ermittelt werden. Vor den weiteren Auswertungen wurde eine tabellenfeldbezogene Extremwertkappung auf Basis des Intervalls der 1,96-fachen Standardabweichung unter- und oberhalb des Mittelwerts über alle als relevant identifizierten Mieten vorgenommen. Nach Durchführung dieser Extremwertkappung standen für die Auswertung insgesamt 3.787 Mieten zur Verfügung (siehe Tabelle 9).

Tab. 9 Anzahl und Verteilung der relevanten Angebotsmieten						
Vergleichsraum	Wohnungsgröße					Summe
	≥ 25 $\leq 50 \text{ m}^2$	> 50 $\leq 60 \text{ m}^2$	> 60 $\leq 75 \text{ m}^2$	> 75 $\leq 87 \text{ m}^2$	> 87 $\leq 99 \text{ m}^2$	
Kassel	848	834	1.237	564	304	3.787

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



³³ Datenbank AK More!

Diese Anzahl liegt unter dem tatsächlichen Angebotsvolumen, da nicht alle Wohnungen über die oben genannten Medien vermarktet werden. Für diese Diskrepanz gibt es eine Reihe von Ursachen: So wird ein Teil des Angebotes direkt vermarktet, ohne dass Anzeigen geschaltet werden. Zum Beispiel bieten Wohnungsgesellschaften ihre Wohnungen zuerst ihnen bekannten Interessenten an. Auch werden gleichartige Wohnungen von Wohnungsunternehmen nur einmal inseriert, obwohl mehrere Wohnungen zur Verfügung stehen. Auch vermitteln Mieter ihre Wohnung an Bekannte als Nachmieter weiter.

Im Ergebnis stellen die mittels der Auswertung von Anzeigen im Internet und in den Printmedien erhobenen Angebotsmieten nur eine Stichprobe des Gesamtmarktes dar, die die Preisstruktur des Angebotsmarktes jedoch gut abbildet. Das heißt, auch wenn absolut betrachtet - bezogen auf die Anzahl der Fälle - scheinbar kein ausreichendes Angebot öffentlich vermarktet wird, zeigt die Betrachtung des Anteils der tatsächlich verfügbaren Wohnungen (siehe Tabelle 15), wie hoch der Anteil des Angebotsmarktes ist, der zu den Richtwerten angemietet werden kann.

7 Ableitung der Angemessenheitsgrenzen

In einem dritten Prüfschritt ist die "Nettokaltmiete für eine nach Größe und Wohnungsstandard angemessene Wohnung in dem maßgeblichen örtlichen Vergleichsraum" herzuleiten.³⁴

Entsprechend der Anforderungen des Bundessozialgerichts und der gesetzlichen Anforderungen (Rechtsgedanke des § 22c Absatz 1 Satz 3 SGB II) sind für die Ermittlung der Angemessenheitsrichtwerte sowohl Bestands- als auch Angebotsmieten heranzuziehen, um somit einerseits die bereits bestehende Wohnsituation von Bedarfsgemeinschaften und andererseits die erforderliche Versorgung von Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum richtig abzubilden. Hierbei sind der abstrakte Richtwert und die abstrakte Verfügbarkeit von Wohnraum zu überprüfen.

Um sowohl zu niedrige Richtwerte - und damit ein zu geringes Wohnungsangebot - als auch zu hohe Richtwerte - und damit eine Fehlsubventionierung und Fehlsteuerung des Wohnungsmarktes - zu vermeiden, hat Analyse & Konzepte ein iteratives Verfahren entwickelt, mit dem der Richtwert nachfrageorientiert und passgenau abgeleitet wird.

7.1 Methodischer Ansatz zur Definition eines angemessenen Marktsegmentes

Da der Gesetzgeber keine Legaldefinition des "unteren Wohnungsmarktsegmentes" vorgenommen hat, sondern die Mieten über einen unbestimmten Rechtsbegriff (angemessen) regional definieren will, muss das untere Wohnungsmarktsegment aus den örtlichen Verhältnissen abgeleitet werden.

Diese Vorgehensweise erlaubt es, die Richtwerte den regionalen Besonderheiten differenziert anpassen zu können und so den Umfang des Wohnungsangebots dem benötigten Bedarf anzugleichen. Ziel ist es dabei, eine Versorgung der Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum im unteren Wohnungsmarktsegment sicherzustellen und eine räumliche Konzentration von Leistungsempfängern zu verhindern (soziale Segregation).

Dabei werden die Leistungsempfänger (SGB II und SGB XII) nicht als alleinige Nachfragegruppe nach preisgünstigem Wohnraum betrachtet. Es wurden auch konkurrierende Nachfragegruppen, die auf den gleichen preiswerten Wohnraum angewiesen sind, berücksichtigt. Hierzu gehören insbesondere Wohngeldempfänger, Leistungsempfänger nach AsylbLG und Geringverdiener ohne Leistungsbezug.

Die Versorgung der Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum im unteren Wohnungsmarktsegment darf nicht zu einer Besserstellung gegenüber anderen Nachfragegruppen, wie etwa Geringverdienern ohne Leistungsbezug, führen.


Zur Festlegung des angemessenen Marktsegmentes geht Analyse & Konzepte so vor, dass zunächst für das Untersuchungsgebiet der konkrete Umfang der Nachfragegruppen nach preiswertem Wohnraum ermittelt wird (siehe Tabelle 10).

³⁴ BSG, Urteil vom 30.01.2019 – B 14 AS 24/18 R.

Tab. 10 Nachfragegruppen im unteren Marktsegment (gerundet)						
Haushalte mit ...	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	Summe
Bedarfsgemeinschaften nach SGB II¹	6.280	2.130	1.420	1.100	1.010	11.940
Wohngeldempfänger-Haushalte¹	1.060	210	110	180	190	1.750
Leistungsempfänger nach SGB XII¹	4.950	710	20	0	0	5.680
Geringverdiener ohne Leistungsbezug²	4.100	2.760	990	620	310	8.780
Haushalte nach AsylbLG¹	280	40	20	20	20	380
Summe der Nachfrager im unteren Marktsegment	16.670	5.850	2.560	1.920	1.530	28.530
Haushalte insgesamt³	48.980	32.960	11.800	7.440	3.730	104.910
Anteil Nachfragehaushalte	34 %	18 %	22 %	26 %	41 %	27 %

¹ Stadt Kassel (März 2021)
² Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Haushalte mit Entgelten unter der westdeutschen Schwelle des unteren Entgeltbereichs, 31.12.2020.
³ Zensus 2011

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021

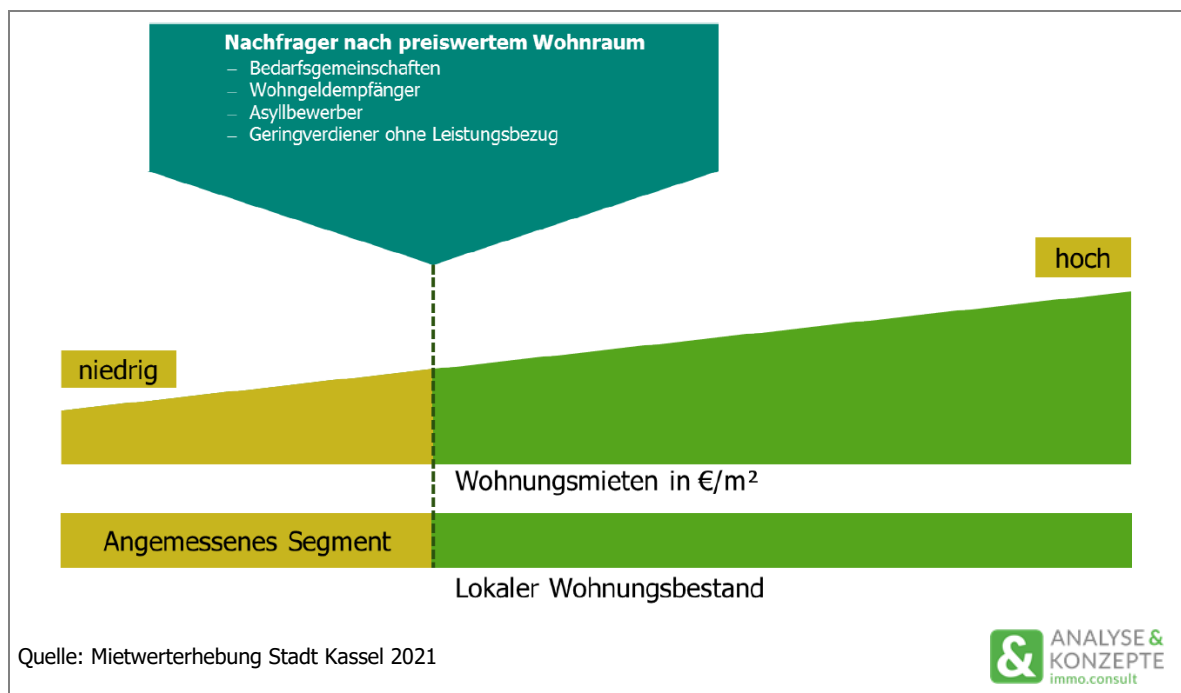


Dieses Nachfragevolumen wird nun dem Angebot gegenübergestellt: Wenn der ermittelte Umfang der Nachfragegruppe zum Beispiel 25 % der Haushalte beträgt, sollten entsprechend die preisgünstigsten 25 % des lokalen Wohnungsbestandes auch für diese Gruppe zur Verfügung stehen. Diese Abgrenzung über die Miethöhe erfolgt dergestalt, dass die im Rahmen der Untersuchung erhobenen Quadratmetermietwerte (Bestandsmieten) aufsteigend sortiert werden und dann die Grenze bei dem Wert (Miethöhe) gezogen wird, unterhalb dessen 25 % des Wohnungsbestandes liegen (siehe Abbildung 1).

Hierbei werden nur relevante Mietwerte berücksichtigt. Nicht relevante Wohnungsbestände, wie beispielsweise Substandardwohnungen oder Freundschaftsmieten, wurden bereits ausgeschlossen (siehe Kapitel 6.1).

Die quantitative Bestimmung und Abgrenzung des Segments für die geringverdienenden Nachfragegruppen erfolgen für jede Haushaltsgrößenklasse separat. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der Anteil der Nachfrager (SGB II und SGB XII) nicht in allen Haushaltsgrößenklassen gleich ist.

Abb. 1 Definition des angemessenen Marktsegmentes



Diese Abgrenzung ist jedoch eine vorläufige, denn sie erfolgt unter der Annahme, dass sich alle Haushalte bei ihrer Wohnungswahl an den Wohnungsgrößenvorgaben des geförderten Wohnungsbaus orientieren.³⁵

³⁵ Unberücksichtigt bleibt die aufgrund der Produkttheorie mögliche Variante, sowohl größere als auch kleinere Wohnungen mit der angemessenen Brutto-Kaltmiete anzumieten.

Deshalb können die berechneten Anteile der Nachfrager (vergleiche Tabelle 10) nicht ohne weitere Prüfung als ausreichend zur Versorgung der Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum angewandt werden. Diese Prüfung erfolgt mit einem iterativen Verfahren, in dem der Anteil der verfügbaren Wohnungen auf dem Angebotsmarkt berücksichtigt wird.

7.2 Iteratives Verfahren

Bei der Ableitung der Angemessenheitsgrenzen muss berücksichtigt werden, dass einerseits ein den Bedarf deckender Wohnraum zur Verfügung steht, der sowohl für Bedarfsgemeinschaften als auch andere Nachfragegruppen, wie etwa Geringverdiener ohne Transferbezug, ausreichend sein muss. Andererseits ist jedoch auch zu berücksichtigen, dass aufgrund der von den Gerichten entwickelten Produkttheorie (angemessene Wohnfläche multipliziert mit der angemessenen Brutto-Kaltmiete in €/m²) die Angemessenheitsrichtwerte sich nicht negativ (preisteigernd) auf den gesamten Wohnungsmarkt auswirken dürfen.³⁶

Um den Wohnungsmarkt durch die Höhe der Transferzahlungen so gering wie möglich zu beeinflussen, gleichzeitig aber auch ein ausreichendes Wohnungsangebot für die Leistungsempfänger zu gewährleisten, wurde der Umfang des zur Verfügung stehenden Wohnungsangebotes an die Nachfrage der Leistungsempfänger im unteren Wohnungsmarktsegment angepasst. Mit einem iterativen Verfahren können die Ungleichverteilungen zwischen Haushaltsgrößen und Wohnungsgrößen ausgeglichen werden, wenn zum Beispiel dem hohen Anteil an 1-Personen-Bedarfsgemeinschaften ein proportional kleinerer Anteil an Wohnungen bis 50 m² gegenübersteht. Auch können Besonderheiten der Anbieterstruktur oder Aspekte der sozialen Segregation berücksichtigt werden.

Ausgangspunkt des iterativen Verfahrens ist die in Kapitel 7.1 ermittelte Nachfrage nach preiswertem Wohnraum bezogen auf die jeweilige Haushaltsgröße. Dem gegenüber steht das relevante Wohnungsangebot bezogen auf die jeweilige angemessene Wohnungsgröße. Für das Wohnungsangebot können drei unterschiedliche Mietpreise bestimmt werden, und zwar die Bestandsmieten, die Neuvertragsmieten und die Angebotsmieten, die zueinander in Beziehung gesetzt werden müssen.

³⁶ Vergleiche hierzu Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): "Kosten der Unterkunft und die Wohnungsmärkte", Forschungen, Heft 142, Bonn 2009.

Exkurs: Unterschiede zwischen Bestands-, Neuvertrags- und Angebotsmieten

Zwischen diesen drei Mietarten bestehen teilweise deutliche Unterschiede. Die Gründe hierfür sind, dass:

- Sozialwohnungen zumeist nicht inseriert werden (und somit bei den Angebotsmieten nur in kleinen Anteilen berücksichtigt werden),
- günstige und interessante Wohnungen von den Wohnungsunternehmen über Interessenlisten vermarktet werden,
- nicht jede günstige Wohnung eigenständig vermarktet wird,
- teure Wohnungen wesentlich intensiver vermarktet werden.

Zu dieser Einschätzung kommt auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS):³⁷

„Angebotsmieten liegen im Mittel meist höher als der Mittelwert von repräsentativ erhobenen Neuvertragsmieten. Der Grund hierfür liegt weniger in der Tatsache begründet, dass der Mieter Verhandlungsspielraum besetzt und der letztlich vereinbarte Mietpreis unter dem Angebot liegt (der so genannte Kontrahierungsabschlag). Wichtiger sind Verzerrungen durch die nicht repräsentative Abbildung des Angebots bzw. der Transaktionen. So werden ca. 50% (etwas mehr im städtischen Raum, etwas weniger im ländlichen) der Mietwohnungstransaktionen öffentlich inseriert. Unterproportional vertreten sind dabei die Wohnungen der meist preisgünstigen institutionellen Vermieter (insbesondere kommunaler Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die oft mit Wartelisten arbeiten). Auch Vergaben im Freundes- und Verwandtenkreis sowie Aushänge bspw. im örtlichen Supermarkt oder in den Mensen der Universitätsstädte tendieren dazu, günstiger zu sein als die kostenpflichtige Annonce in der Zeitung oder einem Internetportal. Gleiches gilt für die lokal oftmals bedeutenden kostenlosen Anzeigenblättchen. Kommunale Angebotsmietdatenbanken haben deshalb gegenüber den bundesweiten Datenbanken den Vorteil, dass sie auch das institutionelle Segment und lokale Anzeigenblättchen berücksichtigen können.“

Hieraus kann abgeleitet werden, dass der Umfang der Angebotsmieten in der Regel durch Wohnungsbestände, die nicht direkt vermarktet werden, die aber dennoch in der überwiegenden Zahl der Fälle anmietbar sind, erweitert werden müsste.

Aus den erläuterten Differenzen zwischen Neuvertrags- und Angebotsmieten je Quadratmeter lässt sich keine Beurteilung des verfügbaren Angebotes ableiten. Bedeutender bei der Ableitung von Angemessenheitsgrenzen ist die Verfügbarkeit von entsprechendem Wohnraum für den Betrag der angemessenen Brutto-Kaltmiete nach der Produkttheorie. Hierfür wird ausgewertet, wie hoch der Anteil derjenigen Angebote und Neuvertragsmieten ist, die zu dem ausgewiesenen Angemessenheitsrichtwert verfügbar sind (siehe Tabelle 16).

³⁷ Forschungsbericht 478, Ermittlung der existenzsichernden Bedarfe für die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) – Endbericht incl. Materialband –, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017, Berlin, Seite 182.

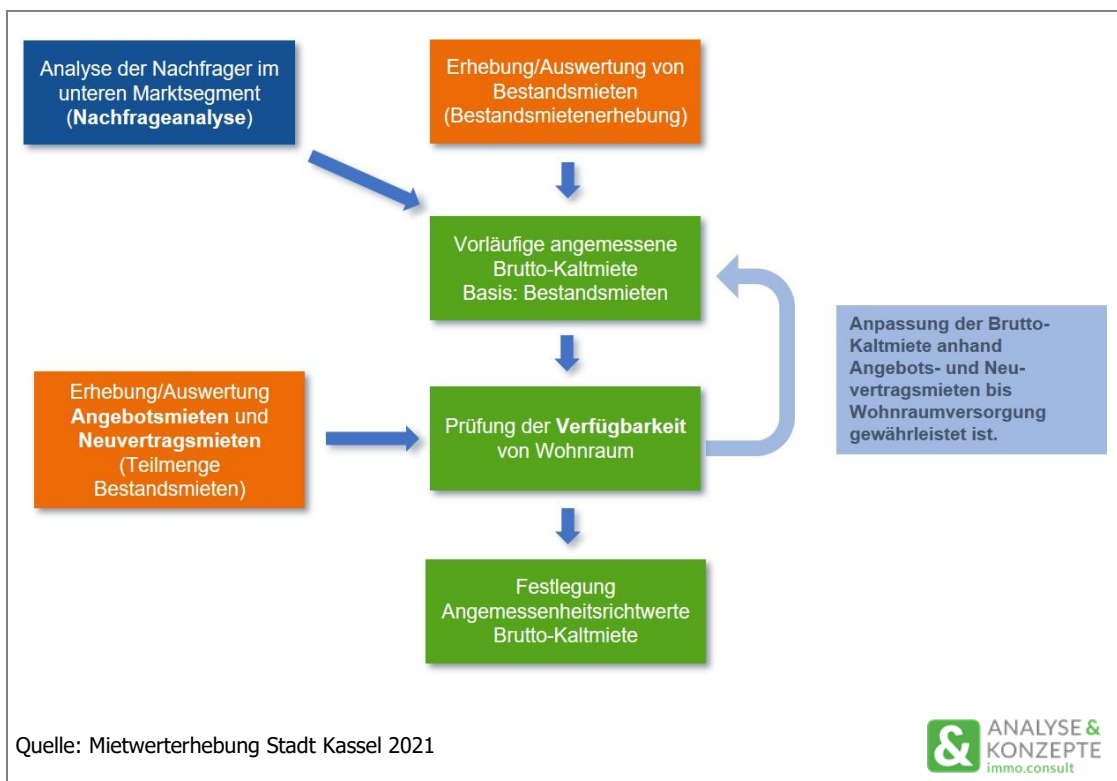
Zur Ableitung der Angemessenheitsgrenze (Quadratmetermiete) wird zunächst aus der Verteilung der Bestandsmieten ein Perzentil definiert, das die Ausgangssituation bestimmt. Dieser Anteil orientiert sich am Umfang dessen, was als theoretische Untergrenze bezüglich der Versorgung von Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum angesehen werden kann. Dazu erfolgt ein Rückgriff auf die ermittelte Nachfrage im unteren Wohnungsmarktsegment (siehe Tabelle 10).

Ein Perzentil ist ein Lagemaß zur Beschreibung von Werteverteilungen: Das 25. Perzentil beschreibt zum Beispiel den Punkt in der Verteilung, bis zu dem 25 % aller Werte liegen, im vorliegenden Falle die untersten 25 % der Mieten pro Quadratmeter.

Sollten die Anteile der erfassten Wohnungsangebote, die zu den auf Basis der Bestandsmieten abgeleiteten Perzentilen in dem jeweiligen Wohnungsmarkt verfügbar sind zu niedrig liegen werden solange erhöhte Perzentile iterativ geprüft, bis die Angebotsanteile als ausreichend unter den aktuellen Marktbedingungen bewertet werden können.

Dieser Wert wird nochmals in Beziehung zu den Neuvertragsmieten gesetzt, da üblicherweise die Neuvertragsmieten die reale Wohnungsmarktsituation abbilden. Um Fehlerbreiten zu verringern, werden letztendlich die Perzentile in 5er Schritten aufgerundet.

Abb. 2 Iterative Ermittlung von Angemessenheitsrichtwerten



Iterative Verfahren am Beispiel einer Bedarfsgemeinschaft mit zwei Personen:

Wie schon beschrieben fußt das iterative Verfahren auf mehrere Kriterien, die in Einklang gebracht werden müssen. Ein neuer Angemessenheitsrichtwert entsteht auf der durch die Bestandsmieten vorgegebenen Mietenspanne (Bereich zwischen niedrig und hoch, siehe Abb. 1), auf der die Perzentile abgetragen werden.

Berücksichtigung bei der Setzung des Perzentils finden

- die Nachfrageanalyse,
- die Angebotsmieten,
- die Neuvertragsmieten,
- die bisherigen Richtwerte
- sowie die allgemeine Marktstruktur im Stadtgebiet insgesamt.

Die Nachfrageanalyse definiert dabei in der Regel die Untergrenze der möglichen Perzentile. Die Angebotsmieten werden insgesamt und soweit dies möglich ist auch auf Ebene der Stadtteile differenziert betrachtet, um sicherzustellen, dass zu den Richtwerten nicht nur in einem kleinen Teilbereich Anmietbarkeit besteht. Die Anmietbarkeit, sowohl bezogen auf die Angebotsmieten als auch auf die Neuvertragsmieten, wird bei der Perzentilsetzung im Produkt und je Quadratmeter betrachtet. Die bisherigen Richtwerte geben einen Hinweis, ob durch die aktuelle Richtwertsetzung Unangemessenheiten ausgelöst und damit zusätzliche Nachfrage induziert wird. Hinsichtlich der Marktstruktur ist zu berücksichtigen, wie sich die Richtwerte aufgrund ihrer Höhe zueinander verhalten. So sind große Abweichungen der Quadratmetermieten zwischen aufeinander folgenden Größenklassen marktseitig unüblich, gleichwohl zeigt sich häufig eine Struktur, bei der die kleinste Größenklasse am höchsten liegt, dann die Quadratmetermieten rückläufig sind und bei den großen Wohnungen wieder ansteigen. Sofern die vorherigen Richtwerte sachgerecht ermittelt wurden, gibt die Marktentwicklung auch einen Hinweis, ob eher steigende oder sinkende Richtwerte zu erwarten sind, wobei sich Richtwerte unter bestimmten Bedingungen auch gegen den Markttrend entwickeln können.

Für die Bestimmung des Perzentils für die 2-Personen-Bedarfsgemeinschaften ist entsprechend der Nachfrageanalyse zunächst ein 20 %-Perzentil zu setzen. Der hieraus resultierende Richtwert liegt bei 464,40 € im Produkt und bei 5,87 € pro Quadratmeter. Diese bieten beim Angebot im Produkt eine Anmietbarkeit von 15 % und im Quadratmeter von lediglich 4 %. Die Anmietbarkeiten in einigen Stadtteilen sind zudem sehr gering. Das Perzentil wird daher um 5 %-Punkte erhöht und es wird iterativ geprüft.

Mit dem 25 %-Perzentil steigt der Richtwert auf 473,40 € bzw. 6,02 €/m². Eine Anmietbarkeit des Angebotes von 19 % im Produkt und 7 % im Quadratmeter wird als zu gering betrachtet, auch die Anmietbarkeiten in einigen Stadtteilen ist weiterhin sehr gering. Das Perzentil wird um 5 %-Punkte erhöht.

Das 30 % Perzentil führt zu einem Richtwert von 478,80 € bzw. 6,11 €/m². Beim Angebot liegt die Anmietbarkeit weiterhin bei 19 % im Produkt. Darüber hinaus ist die Anmietbarkeit der Neuver-

tragsmieten mit nur 13 % im Quadratmeter und 32 % im Produkt nicht ausreichend, wie auch die Anmietbarkeiten in einigen Stadtteilen.


Bei einer Erhöhung auf das 35 % Perzentil ergibt sich ein Richtwert von 492,60 € bzw. 6,34 €/m². Beim Angebot liegt die Anmietbarkeit bei 25 % im Produkt und 14 % im Quadratmeter. Die Anmietbarkeit der Neuvertragsmieten ist mit 23 % im Quadratmeter und 44 % im Produkt noch nicht ausreichend. Das Perzentil wird daher um weitere 5 %-Punkte erhöht und geprüft.

Der Richtwert liegt beim 40 %-Perzentil bei 505,20 € im Produkt bzw. 6,55 €/m². Nun wird eine Anmietbarkeit des verfügbaren Angebotes von 31 % im Produkt und 18 % nachgewiesen. Dadurch wird eine hinreichende Anmietbarkeit von Wohnraum sichergestellt. Auch die Anmietbarkeit der Neuvertragsmieten ist mit 53 % im Produkt und 30 % im Quadratmeter ausreichend. Das 40 % Perzentil wird als richtwertbestimmend gesetzt.

Ergänzend zeigt die Abbildung 3 das verfügbare Angebot für die einzelnen Stadtteile in der Stadt Kassel und dient als Hinweis für die Verteilung des verfügbaren Angebotes über das gesamte Stadtgebiet.

Im Ergebnis dieses iterativen Prozesses wurden für die Stadt Kassel folgende Perzentile bestimmt:

Tab. 11 Perzentilgrenzen					
Vergleichsraum	Haushaltsgröße				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Kassel	35 %	40 %	45 %	40 %	60 %
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021					



Die Ableitung der konkreten Richtwerte und der Nachweis eines ausreichenden Angebotes für diese Perzentile werden in den folgenden Abschnitten dargestellt.

7.3 Angemessenheitsrichtwerte

Im folgenden Kapitel wird die Zusammensetzung der anhand der Perzentilgrenzen errechneten Richtwerte aufgezeigt. Zuvor wird das durchgeführte Gewichtungsverfahren erläutert, das die unterschiedlichen Mietniveaus der Vermietertypen glättet.

Gewichtung der Vermietertypen

Um der unterschiedlichen Anbieterstruktur im Untersuchungsgebiet gerecht zu werden, erfolgt eine gewichtete Auswertung hinsichtlich der Eigentümerstruktur im Stadtgebiet. Dabei werden die privaten und institutionellen Anbieter entsprechend ihrem Marktanteil in der Grundgesamtheit in der Auswertung gewichtet.

Grundlage der Gewichtungsmethode ist dabei die Annahme, dass sich die Mietenstruktur von privaten Vermietern und institutionellen Vermietern (Wohnungsunternehmen) unterscheiden. Die Vermietergruppen sollen in diesem Verfahren entsprechend ihrem Anteil am Gesamtmarkt bei der Auswertung berücksichtigt werden. Da dies durch die Erhebung, die in der Regel deutlich mehr Datensätze von Wohnungsunternehmen beinhaltet, ggf. nicht gewährleistet wird, erfolgt eine nachträgliche Gewichtung.

Das Gewichtungsverfahren orientiert sich dabei an der Verteilung der Eigentübertypen an den zu Wohnzwecken vermieteten Wohnungen nach dem Zensus 2011. Auf Ebene des Vergleichsraumes werden die Anteile der privaten und institutionellen Vermieter ermittelt. Laut Zensus 2011 beträgt der Anteil der Privatpersonen und der Gemeinschaften von Wohnungseigentümern in der Stadt Kassel 63 %.

Es werden zunächst die Mieten der privaten und institutionellen Vermieter separat berechnet und für diese ein Perzentil bestimmt. Anschließend werden die ermittelten Netto-Kaltmieten und kalten Betriebskosten hinsichtlich der Eigentümerstruktur gewichtet (siehe Beispiel):


Beispiel: 35 % Perzentil für 1-Personen-Haushalte:

- Netto-Kaltmiete institutionelle Vermieter: 5,95 €
- Netto-Kaltmiete private Vermieter: 7,15 €
- Anteil privater Vermieter: 63 %
- Netto-Kaltmiete gewichtet = $(7,15 * 0,63) + (5,95 * (1 - 0,63)) = 6,71$ €

Hieraus ergeben sich die in der Tabelle 12 dargestellten Netto-Kaltmieten je Quadratmeter. Sie bilden die Quadratmeterpreise für Wohnungen des einfachen Standards.³⁸

Tab. 12 Netto-Kaltmieten in €/m²					
	Haushaltsgröße				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Private Vermieter	7,15	6,92	6,42	6,48	7,34
Institut. Vermieter	5,95	5,91	5,69	5,28	5,30
Gewichtete NKM	6,71	6,55	6,15	6,04	6,59

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021




Um die vom Bundessozialgericht präferierte Brutto-Kaltmiete ausweisen zu können, werden die Netto-Kaltmieten um die durchschnittlichen kalten Betriebskosten ergänzt. Die kalten Betriebskosten wurden ebenfalls im Rahmen der Mietwerterhebung erfasst.

³⁸ BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R.

Entsprechend der Vorgabe des Bundessozialgerichts³⁹ wurden die Mittelwerte (Mediane) aller Betriebskostenwerte nach Wohnungsgrößenklasse ermittelt und auch nach den Vermietertypen gewichtet.

Tab. 13 Durchschnittliche kalte Betriebskosten in €/m² (Median)					
	Haushaltsgröße				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Private Vermieter	2,22	1,67	1,55	1,66	1,37
Institut. Vermieter	2,38	2,22	2,13	2,08	2,15
Gewichtete kBK	2,28	1,87	1,76	1,82	1,66

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Aus der Addition der Quadratmeterpreise für Wohnungen des einfachen Standards mit den durchschnittlichen kalten Betriebskosten ergeben sich die Brutto-Kaltmieten je Quadratmeter. Die Brutto-Kaltmiete je Quadratmeter ist die Grundlage für die Berechnung des Angemessenheitsrichtwerts im Sinne der Produkttheorie. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ist das Produkt aus den Quadratmeterpreisen für Wohnungen des einfachen Standards und den abstrakt angemessenen Wohnflächen zu bilden, um die abstrakt angemessene Brutto-Kaltmiete zu bestimmen.⁴⁰

Dieser Berechnungsschritt erfolgt für jede Wohnungsgrößenklasse und Vergleichsraum. Die so berechneten Angemessenheitsrichtwerte sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Gemäß der von der Rechtsprechung entwickelten Produkttheorie wird nach der Zahl der Personen je Bedarfsgemeinschaft unterschieden. Die Wohnfläche ist dabei ein Richtwert, der einzig für die Ermittlung des Produktes relevant ist. Es kann auch eine größere oder kleinere Wohnfläche bewohnt werden, solange das maximale Produkt (angemessene Brutto-Kaltmiete) nicht überschritten wird.

³⁹ BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 50/10 R.

⁴⁰ Siehe zur Produkttheorie: BSG, Urteil vom 22.09.2009 – B 4 AS 18/09 R, BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 2/10 R, BSG, Urteil vom 19.10.2010 – B 14 AS 65/09 R, und BSG, Urteil vom 16.06.2015 – B 4 AS 44/14 R.

Tab. 14 Zusammensetzung der Richtwerte						
	Haushaltsgröße					
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen	Jede weitere Person +12 m²
Gewichtete NKM (€/m ²)	6,71	6,55	6,15	6,04	6,59	6,59*
Gewichtete kalte BK (€/m ²)	2,28	1,87	1,76	1,82	1,66	1,66*
Gewichtete BKM (€/m ²)	8,99	8,42	7,91	7,86	8,25	8,25*
Max. WFL (m ²)	50	60	75	87	99	12
Gewichtete BKM (€)	449,50	505,20	593,25	683,82	816,75	+99,00
* Übernahme des Wertes für 5-Personen						
Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021						

Für 6-Personen-Haushalte und größer kann kein abstrakter Angemessenheitsrichtwert abgeleitet werden. Für große Haushalte muss eine Prüfung des konkreten Einzelfalls erfolgen.

Der Orientierungswert für jede weitere Person berechnet sich aus dem Angemessenheitsrichtwert für 5-Personen-Haushalte zuzüglich eines Aufschlages. Dieser Aufschlag ist das Produkt aus dem abstrakten Quadratmeterpreis für 5-Personen-Haushalte und dem zusätzlichen Wohnraumbedarf für jede weitere Person.

Die Tabelle 15 stellt dar, wie hoch der Anteil der Angebots- und Neuvertragsmieten ist, der zum Niveau der Angemessenheitsrichtwerte (Produkt aus angemessener Wohnfläche und angemessener Brutto-Kaltmiete je Quadratmeter) angemietet werden kann.

Die Angebotsmieten werden hierbei ebenfalls als "Produkte" betrachtet. Die erhobenen tatsächlichen Netto-Kaltmieten der Angebotsmieten zuzüglich der durchschnittlichen kalten Betriebskosten werden mit den erhobenen tatsächlichen Wohnflächen der Angebote multipliziert.

Da nicht alle verfügbaren Wohnungen als Angebotsmieten vermarktet werden und sich die Vermarktung vor allem auf die hochpreisigen Wohnungen konzentriert, resultiert daraus eine deutlich bessere Anmietbarkeit von Wohnraum, als dies die Angebotsmieten suggerieren.⁴¹ Erkennbar ist dies am Vergleich zwischen dem Anteil der Angebots- und Neuvertragsmieten. Schließlich liegen die Anteile von den tatsächlich neu abgeschlossenen Mietverträgen (Neuvertragsmieten) deutlich über dem der ermittelten Angemessenheitsrichtwerte.

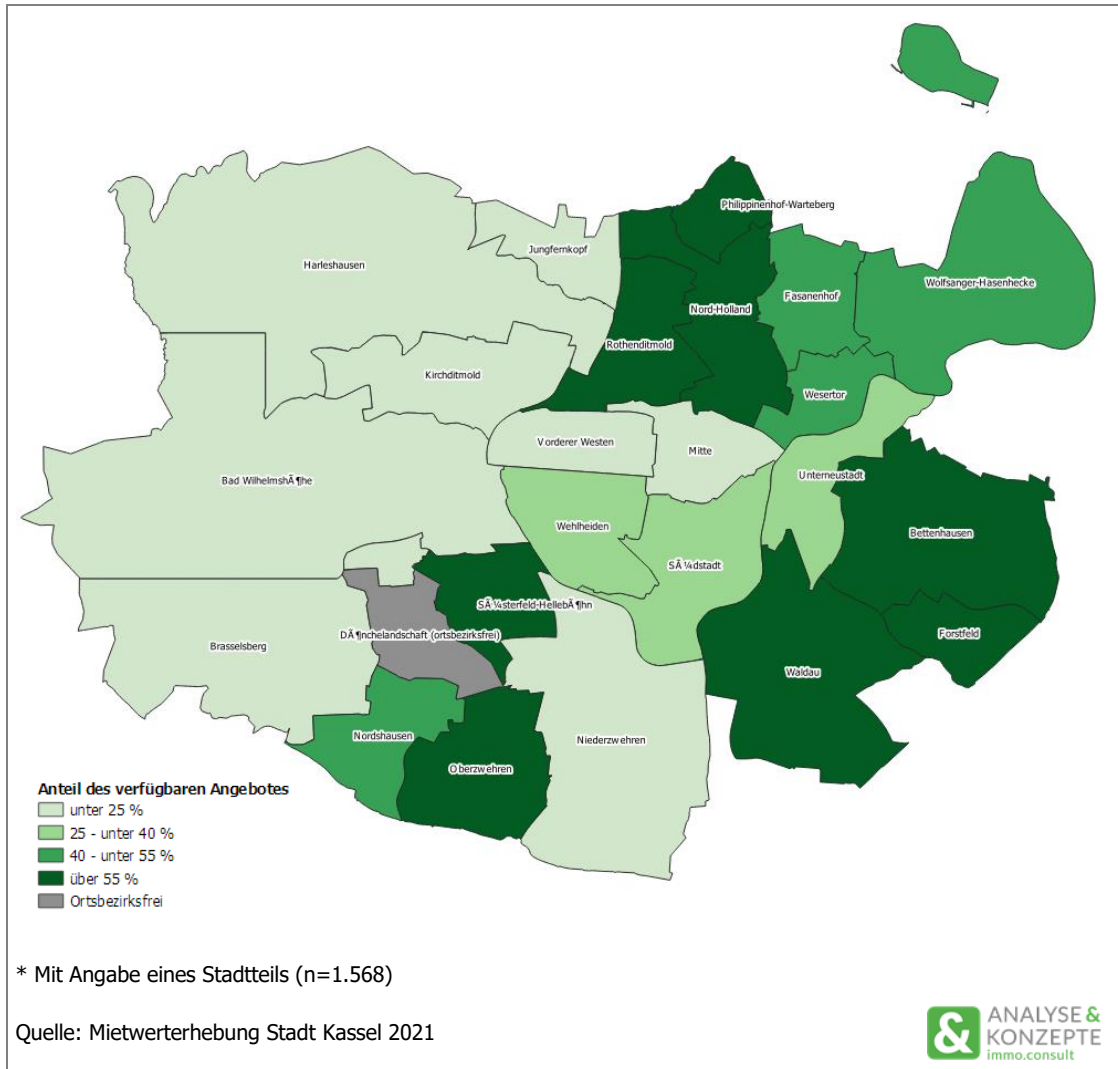
Tab. 15 Angemessene Brutto-Kaltmiete (BKM) und die Verfügbarkeit von angemessenem Wohnraum					
	Haushaltsgröße				
	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Gewichtete BKM in €	449,50	505,20	593,25	683,82	816,75
Anteil verfügbares Angebot ¹	53 %	31 %	31 %	30 %	23 %
Anteil Neuvertragsmieten ²	74 %	53 %	59 %	68 %	83 %
<p>¹ Angebotsmieten: Basis sind alle Angebotsmieten der Größenklassen zzgl. der kalten Betriebskosten aus der Bestandsmietenerhebung (brutto-kalt)</p> <p>² Neuvertragsmieten: Basis sind alle Neuvertragsmieten der Größenklasse zzgl. der kalten Betriebskosten an der Bestandsmietenerhebung (brutto-kalt).</p> <p>Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021</p>					

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Anteile des angemessenen und verfügbaren Angebotsmieten differenziert nach Stadtteilen. Hierbei ist zu bedenken, dass nicht jede der 3.787 erfassten Angebotsmieten die Angabe eines Stadtteils in der Anzeige hat (vergleiche Tabelle 9). Für 41 % (1.568) der Angebotsmieten wurde ein Stadtteil benannt. Dadurch sind die Anteile des verfügbaren Wohnraumes in den Stadtteilen ggf. höher.

Im Ergebnis zeigt sich, dass zu den berechneten Richtwerten in allen Stadtteilen von Kassel Wohnraum angemietet werden kann und somit einer möglichen Ghettoisierung entgegengewirkt wird.

⁴¹ Das Landessozialgericht Thüringen hat es im Urteil vom 08.07.2015 – L 4 AS 718/14 als ausreichend angesehen, wenn 13 % der Angebotsmieten mit dem Angemessenheitsrichtwert angemietet werden können.

Abb. 3 Verteilung des verfügbaren Angebotes* nach Stadtteilen




Anlage 1

Fragebögen der Mietwerterhebung

Abb. 4 Merkblatt institutionelle Vermieter - Kassel

Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Merkblatt: So verlaufen die Datenerhebungen

Analyse & Konzepte wurde von der Stadt Kassel beauftragt, eine Erhebung von aktuellen Mietwerten durchzuführen. Diese Übersicht wird benötigt, um bei den Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft (KdU) feststellen zu können.

Damit die Ergebnisse repräsentativ sind, ist es wichtig, dass Sie als Vermieter an der Erhebung teilnehmen.

Erhoben werden Mieten von freifinanzierten sowie auch öffentlich geförderten Wohnungen.

Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig, es werden alle Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) strengstens eingehalten.

Sämtliche Angaben werden von Analyse & Konzepte ausschließlich für die Mietwerterhebung der Stadt Kassel erfasst und ausgewertet; sie werden für keine anderen Zwecke verwendet. Zur Gewährleistung des Datenschutzes werden die Einzelergebnisse streng vertraulich behandelt.

Wenn Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen zur Befragung erhalten möchten, wenden Sie sich gern an unser Info-Telefon: **040 / 485 00 98 - 89**

Und so verläuft die Erhebung:

Wir setzen uns in den nächsten Tagen mit Ihnen persönlich in Verbindung. Sollten Sie nicht der richtige Ansprechpartner sein, so wäre es sehr hilfreich, wenn Sie uns den richtigen Ansprechpartner nennen könnten.

Wir benötigen von Ihnen als Vermieter zwei Dateien. Diese Vorgehensweise ist wichtig, um den Anforderungen des Datenschutzes zu genügen. Die erste Datei umfasst eine Adressliste Ihres Wohnungsbestandes in der Stadt Kassel.

Die zweite Liste umfasst Mietinformationen, wobei der Mietername und die Adresse nicht benötigt werden. Welche Informationen wir benötigen, können Sie der Rückseite dieses Schreibens entnehmen. Gern mailen wir Ihnen die Struktur der Erhebungstabellen zu. Wir hoffen und gehen davon aus, dass Ihnen Ihre EDV diese Informationen mittels einer Datenbankabfrage zur Verfügung stellen kann, sodass für Sie der Aufwand überschaubar sein sollte.

Damit die Vergleichbarkeit der Mieten gewährleistet ist, benötigen wir die Höhe der Nettokaltmiete und der zu zahlenden Vorauszahlungen für die kalten Betriebskosten und für die Heizkosten zum Stichtag **01.04.2021**.

Wir benötigen die Daten von Ihnen bis zum **06.06.2021**. Die Art der Datenübergabe werden wir mit Ihnen im persönlichen Gespräch vereinbaren.

Wir bitten Sie, die Mietwerterhebung zu unterstützen,
und bedanken uns herzlich für Ihre Mithilfe!

**Ein Musterfragebogen befindet sich auf der Rückseite,
bitte wenden!**

ANALYSE & KONZEPTE immo.consult GmbH, Gasstraße 10, 22761 Hamburg, mieten@analyse-konzepte.de, www.analyse-konzepte.de

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021




Abb. 5 Fragebogen institutionelle Vermieter- Kassel

- 2 -

Musterfragebogen:

Den Fragebogen stellen wir als Excel-Datei zur Verfügung.

Ausschlussgründe: Selbstgenutzte Wohnungen, Wohnung als Teil eines Wohnheimes, eines sonstigen Heimes oder einer heimähnlichen Unterkunft, Werks-, Dienst- oder Bedienstetenwohnungen für die eine reduzierte Miete gezahlt wird, (teil)gewerbliche Wohnungen, möblierte oder teilmöblierte Wohnung (nicht gemeint sind Küchenmöbel und/oder Einbauschränke) oder Wohnung, die an einen Angehörigen oder näheren Verwandten preisgünstiger vermietet sind.

Für alle anderen Wohnungen:

Stadtteil in der sich die Wohnung befindet	_____
Verfügt die Wohnung über ein Bad <u>und</u> eine Sammelheizung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Datum des Mietvertragsbeginns	____.____.____
Datum der letzten Mietänderung (bezogen auf die Netto-Kaltmiete)	____.____.____
Wohnfläche der Wohnung	____, ____ m ²
Höhe der Nettokaltmiete in € am 01.04.2021 (inkl. Modernisierungsumlage, ohne Stellplatzmiete etc.)	____, ____ €
Höhe der kalten Betriebskostenvorauszahlung am 01.04.2021 (ohne Sonderzahlungen wie z. B Nachzahlungen oder Garagenmiete)	____, ____ €
Beinhaltet die Vorauszahlung für die kalten Betriebskosten auch die Kosten für Wasser- und Abwasser?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Höhe der Heiz- und Warmwasserkostenvorauszahlung am 01.04.2021	____, ____ €
Beinhaltet die Vorauszahlung für die Heizkosten auch die Kosten für die Bereitung von Warmwasser?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021

Abb. 6 Merkblatt private Vermieter- Kassel

Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Merkblatt: So verlaufen die Datenerhebungen

Analyse & Konzepte wurde von der Stadt Kassel beauftragt, eine Erhebung von aktuellen Mietwerten im Stadtgebiet durchzuführen. Diese Übersicht wird benötigt, um für den Bereich der sozialen Leistungen (Kosten der Unterkunft) das örtliche Mietpreisniveau feststellen zu können.

Erhoben werden Mieten von freifinanzierten sowie öffentlich geförderten Wohnungen.

Damit die Ergebnisse repräsentativ sind, ist es wichtig, dass Sie als Vermieter*in an der Erhebung teilnehmen. Die sich in Ihrem Eigentum bzw. Ihrer Verwaltung befindlichen Gebäude wurden für die Erhebung in einem reinen Zufallsverfahren ermittelt.

Wir möchten Sie bitten, uns für alle in den jeweiligen Objekten befindlichen, vermieteten Wohnungen die benötigten Daten zur Verfügung zu stellen. Bitte beantworten Sie alle Fragen. Nur so können wir prüfen, ob die Wohnung erhebungsrelevant ist. Bei Bedarf können Sie eine Erhebungstabelle als Excel-Datei auf unserer Internetseite herunterladen. Die Excel-Datei finden Sie unter <https://dl.analyse-konzepte.de/sks>

Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig, es werden alle Regelungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des Landesdatenschutzgesetzes strengstens eingehalten. Die Vorgehensweise ist mit dem Datenschutzbeauftragten der Stadt abgestimmt. Sämtliche Angaben werden von Analyse & Konzepte ausschließlich für die Mietwerterhebung der Stadt erhoben und ausgewertet. Sie werden für keine anderen Zwecke verwendet. Zur Gewährleistung des Datenschutzes werden die Einzelergebnisse streng vertraulich behandelt.

Bitte geben Sie bei Rücksendung keinen Absender an!

Wenn Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen zur Befragung erhalten möchten, wenden Sie sich gern an unser Info-Telefon: **040 / 485 00 98 - 88**

Und so verläuft die Erhebung:

Sie sind Eigentümer*in/ Verwalter*in eines oder mehrerer Objekte mit vermieteten Wohneinheiten. Bitte tragen Sie in den Erhebungsbogen für jede vermietete Wohnung die entsprechenden Informationen und Daten ein. Machen Sie dieses bitte so genau wie möglich.

Damit die Vergleichbarkeit der Mieten gewährleistet ist, benötigen wir zum Stichtag **01.04.2021** die Höhe der Netto-Kaltmiete und die Abschlagszahlungen für die kalten Betriebskosten sowie die Heizkosten.

Senden Sie dann bitte den Erhebungsbogen auf einem der folgenden Wege an uns zurück:

Online: www.analyse-konzepte.de/sks/
Zugangsschlüssel:
Auch über nebenstehenden QR Code erreichbar

Download des Erhebungsbogens als Excel-Datei unter:
<https://dl.analyse-konzepte.de/sks>

Per Fax: 040 / 485 00 98 - 98

Per E-Mail: mieten@analyse-konzepte.de

Per Post: (bitte nutzen Sie den beiliegenden Freiumschlag)
Analyse & Konzepte immo.consult GmbH
Gasstraße 10
22761 Hamburg

Wir bitten Sie, die Mietwerterhebung zu unterstützen
und bedanken uns herzlich für Ihre Mithilfe!

ANALYSE & KONZEPTE immo.consult GmbH, Gasstraße 10, 22761 Hamburg, www.analyse-konzepte.de, 040 / 485 00 98 - 0

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021



Abb. 7 Fragebogen private Vermieter- Kassel

Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021

Bitte zurücksenden bis zum 11.06.2021

Online-Fragebogen:

Ihr Zugangsschlüssel für den Online-Fragebogen befindet sich auf dem Merkblatt.

Wenn einer der folgenden Punkte auf eine Ihrer Wohnungen zutrifft, brauchen Sie für die betreffende Wohnung keine weiteren Angaben zu machen. Für alle anderen Wohnungen füllen Sie bitte jeweils eine Spalte aus.

- Sie nutzen die Wohnung für sich selbst.
- Die Wohnung ist Teil eines Wohnheimes, eines sonstigen Heimes oder einer heimatähnlichen Unterkunft.
- Es handelt sich bei der Wohnung um eine Werks-, Dienst- oder Bedienstetenwohnung für die eine reduzierte Miete gezahlt wird.
- Die Wohnung ist laut Mietvertrag zu (teil)gewerblichen Zwecken vermietet.
- Die Wohnung wird als möblierte oder teilmöblierte Wohnung vermietet. (nicht gemeint sind Küchenmöbel und/oder Einbauschränke)
- Die Wohnung ist an einen Angehörigen oder naheren Verwandten preisgünstiger vermietet.

	Wohnung 1	Wohnung 2	Wohnung 3	Wohnung 4	Wohnung 5
In welchem Stadtteil befindet sich die Wohnung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Verfügt die Wohnung über ein Bad und WC in der Wohnung?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ist eine Sammel- oder Zentralheizung ohne Handabsteuerung vorhanden? (z.B. Fernwärme, Etagen-, Öl-, Gas-, Nachspeicherheizung)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Datum des Mietvertragsbeginns (t.mm.jj)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Datum der letzten Mieterhöhung (t.mm.jj)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Wohnfläche der Wohnung (in m²)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Nettokaltemiete am 01.04.2021 (in €)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
(Inklusive etwaiger Modernisierungszuschläge, ohne Untervermietungsuschläge, Stellplatzkosten)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Kalte Betriebskostenvorauszahlung am 01.04.2021 (in €)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
(Inklusive aller Kosten, auch Hausreinigungs- und Kabelanschlussgebühren, aber ohne Sonderzahlungen wie z. B. Nachzahlungen oder Garagenmiete)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Enthalten die kalten Betriebskosten die Wasser- und Abwasserkosten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Höhe der monatlichen Vorauszahlung für die Heizkosten am 01.04.2021 (in €)	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
Sind in den Heizkosten die Kosten für die Erstellung von Warmwasser enthalten?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

4599033632

© Analyse & Konzepte immo.consult GmbH 2021

Sollten Sie mehr als 5 Wohnungen haben, kopieren Sie bitte diesen Fragebogen oder laden Sie ihn auf unserer Internetseite unter <https://di.analyse-konzepte.de/sks> herunter. Danke!

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021

STADT KASSEL

Ermittlung der Kosten der Unterkunft 2021 Ergebnisse

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport
31.08.2021

HINTERGRUND

§ 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II (analog § 35 SGB XII):

Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind.

Bundessozialgericht: „schlüssiges Konzept“

- Mietwerterhebung
- Unteres Marktsegment
- Produkttheorie
- Empirisch, wissenschaftliche Vorgehensweise

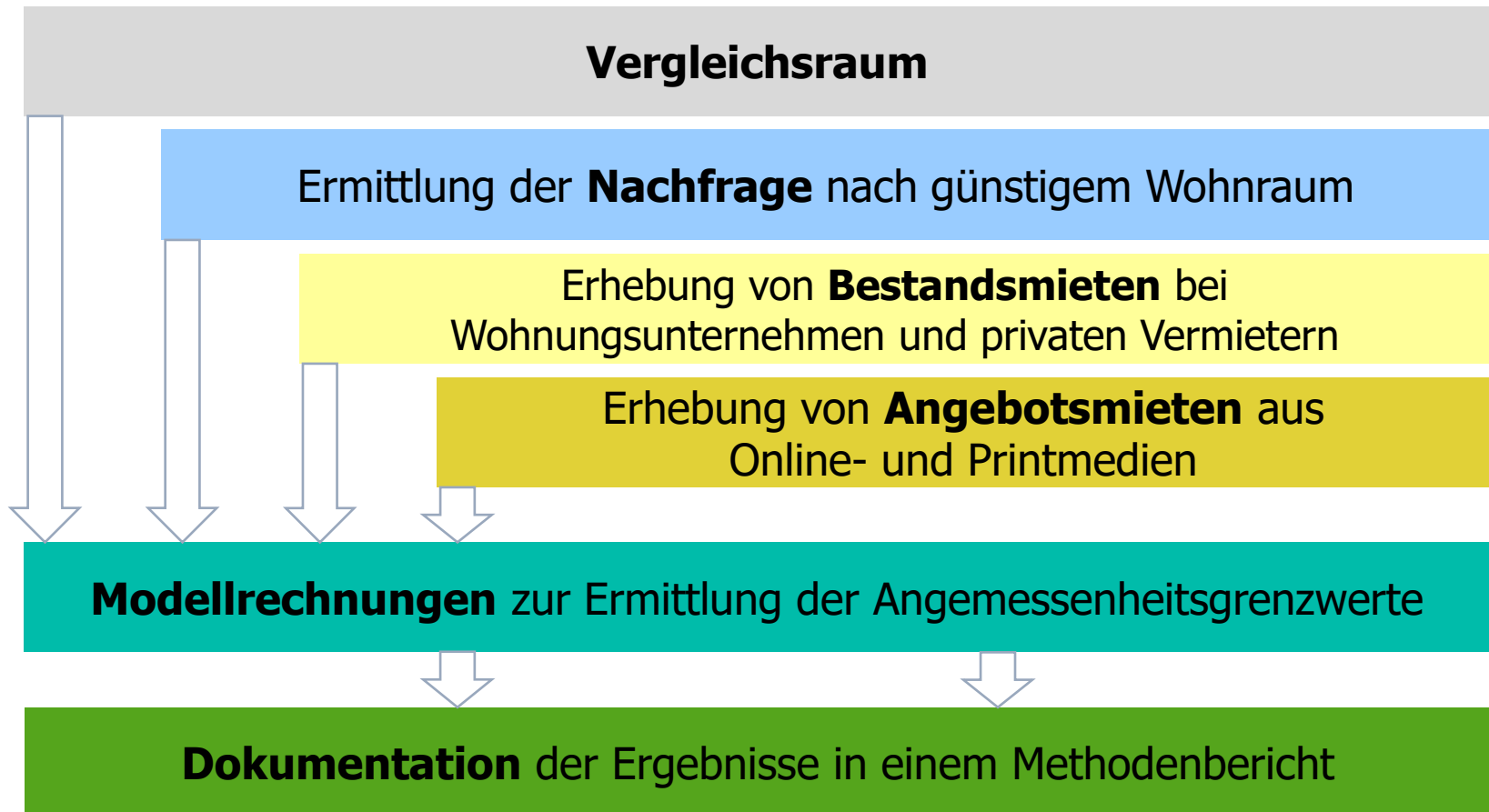




ZIELE DES SCHLÜSSIGEN KONZEPTES

- Die Leistungsempfänger können sich im angemessenen Rahmen mit Wohnraum versorgen
- Bestandsmietverhältnisse werden weitgehend abgedeckt
- Neuanmietungen sind möglich
- Verwaltungshandeln wird vereinheitlicht
- Wohnungsmarkteffekte vermeiden

VORGEHEN ANALYSE & KONZEPTE



VERGLEICHSRAUMBILDUNG



VERGLEICHSRAUMBILDUNG

- Verweisungsraum für Bedarfsgemeinschaften
- Raum gleicher Richtwerte
- Raum der Erhebung
- Vergleichsraum ist Zuständigkeitsbereich des Trägers
- Vermeidung von sozialen Brennpunkten

NACHFRAGEANALYSE

NACHFRAGEANALYSE

NACHFRAGER	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5+ Personen	Gesamt
SGB II	6.280	2.130	1.420	1.100	1.010	11.940
Wohngeld	1.060	210	110	180	190	1.750
SGB XII	4.950	710	20	0	0	5.680
Geringverdiener	4.100	2.760	990	620	310	8.780
AsylbLG	280	40	20	20	20	380
Summe	16.670	5.850	2.560	1.920	1.530	28.530
Haushalte insgesamt	48.980	32.960	11.800	7.440	3.730	104.910
Anteil Nachfrager	34 %	18 %	22 %	26 %	41 %	27 %

ERHEBUNG

BEGRIFFSDEFINITION

- **Bestandsmieten:**
 - Stichtagsbezogene Mieten (01.04.2021)
 - Erhebung bei institutionellen und privaten Vermietern
- **Neuvertragsmieten:**
 - Teilmenge der Bestandsmieten
 - Mieten die zwischen 01.04.2019 und 01.04.2021 abgeschlossen oder verändert wurden
 - Erhebung bei institutionellen und privaten Vermietern
- **Angebotsmieten:**
 - Erfassung der veröffentlichten Mietwohnungsangebote
 - Erfassungszeitraum: 01.01. – 30.06.2021
 - Erhebung bei Immobilienbörsen und Internetportale

ERHEBUNG VON BESTANDSMIETEN

- Erhebungsstichtag: 01.04.2021
- Stufe I: Wohnungsunternehmen/Verwalter (institutionelle Vermieter)
 - Beteiligung: 3 von 12 Unternehmen
 - Rücklauf: 17.281 Datensätze
- Stufe II: Kleinvermieterbefragung (private Vermieter)
 - Befragung mit 2.400 Anschreiben an private Vermieter
 - Rücklauf: 844 Datensätze



ERHEBUNG VON ANGEBOTSMIETEN

- Erfassung der veröffentlichten Mietwohnungsangebote
 - Immobilienbörsen und Internetportale
 - Erfassung 6 Monate
 - Erfassungszeitraum: 01.01. – 30.06.2021
 - 3.999 Angebote
- Ausschlusskriterien:
 - (Teil-)gewerbliche Vermietung
 - Möblierte Wohnungen
 - WG-Zimmer
 - Betreutes Wohnen



REPRÄSENTATIVITÄT DER ERGEBNISSE

Wohnungsbestand¹ in der Stadt Kassel:

- Insgesamt 73.290 Wohnungen zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei)

Angebots- und Bestandsmieten:

- Insgesamt 18.072 Bestandsmieten (rund 25 %) und 3.999 Angebotsmieten erfasst
- Nach Plausibilitätsprüfungen und Extremwertkappungen bilden insgesamt 16.272 relevante Bestandsmieten die Grundlage der Ergebnisse

¹ Zensus 2011.

VERTEILUNG DER BESTANDSMIETEN¹

	25-50m ²	50,01-60m ²	60,01-75m ²	75,01-87m ²	87,01 -99m ²	Gesamt
Bestandsmieten	3.835	4.157	5.195	2.236	849	16.272
<i>Davon</i>						
Institutionelle Vermieter	3.668	4.073	5.057	2.144	801	15.743
Private Vermieter	167	84	138	92	48	529

¹ Fallzahlen nach Extremwertkappung.

Quelle: Mietwerterhebung Stadt Kassel 2021

RELEVANTE NEUVERTRAGS- UND ANGEBOTSMIETEN

	25-50m ²	50,01-60m ²	60,01-75m ²	75,01-87m ²	87,01 -99m ²	Gesamt
Neuvertragsmieten¹	841	928	963	322	105	3.159
Angebotsmieten²	848	834	1.237	564	304	3.787

¹ Fallzahlen nach Extremwertkappung. Neuvertragsmieten = Teilmenge der Bestandsmieten, Neuvertragsmieten mit Vertragsabschluss oder-änderung zwischen dem 01.04.2019 und 01.04.2021.

² Fallzahlen nach Extremwertkappung. Angebotsmieten im Zeitraum vom 01.01. bis 30.06.2021.

AUSWERTUNG UND ERGEBNISSE

DEFINITION DER RICHTWERTE

- Angemessener Wohnraum, einfacher Standard, unteres Marktsegment = **preiswerter Wohnraum**
- Zielgröße: Brutto-Kaltmiete
 - Grundmiete (Netto-Kaltmiete)
 - Kalte Betriebskosten (Wasser, Hauswart, Gartenpflege etc.)
- Kalte Betriebskosten: Medianwert je Haushaltsgröße inkl. Kosten für Wasser und Abwasser

GEWICHTUNG DER BESTANDS- MIETEN



- Hintergrund:
Höherer Rücklaufanteil der Daten von institutionellen Vermietern gegenüber privaten Vermietern.
- Gewichtung anhand der Eigentumsverhältnisse entsprechend dem Zensus 2011.
- **Gewichtungsfaktor 63 %**
(Private Vermieter)

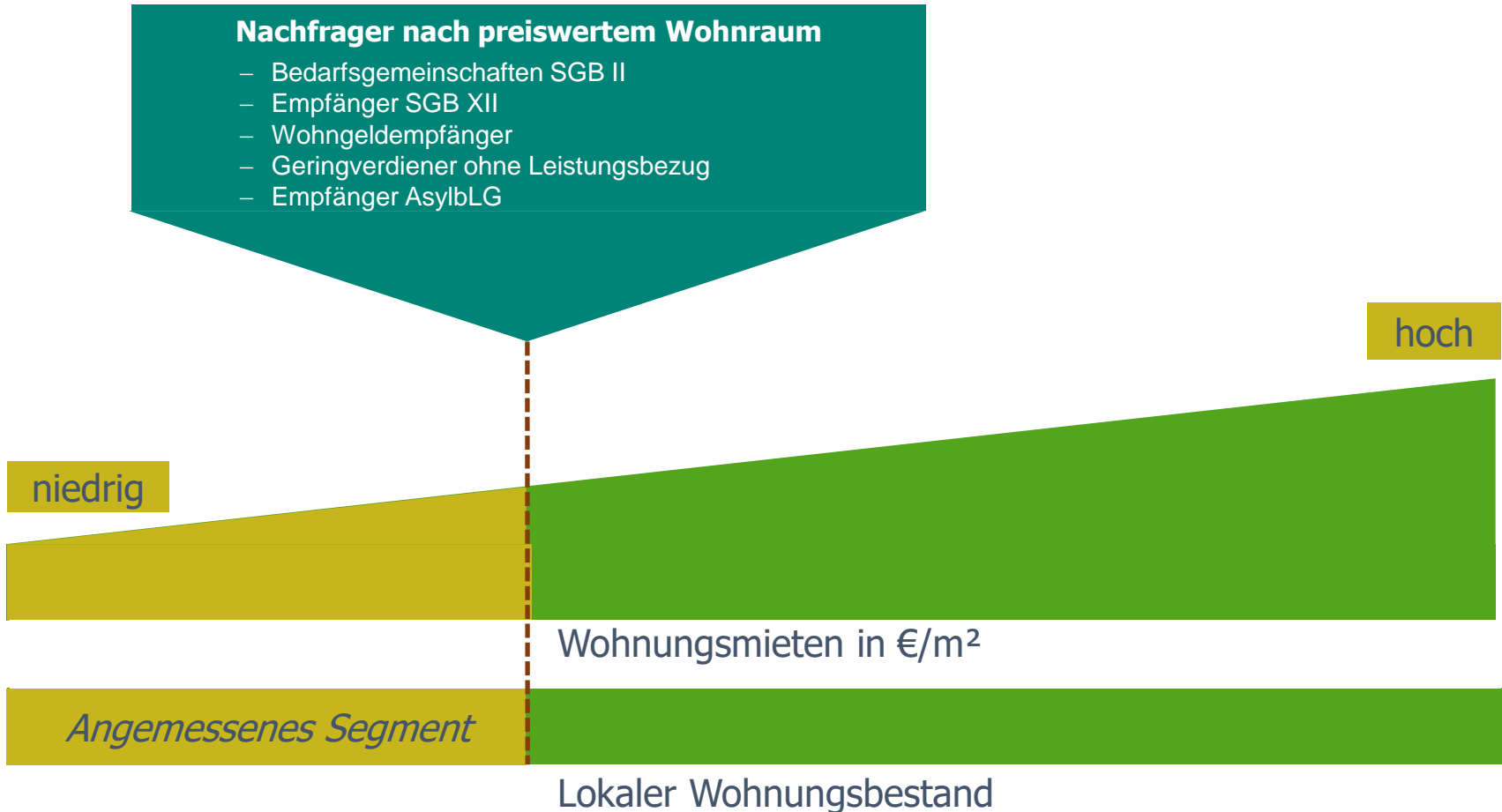
GEWICHTUNGSVERFAHREN



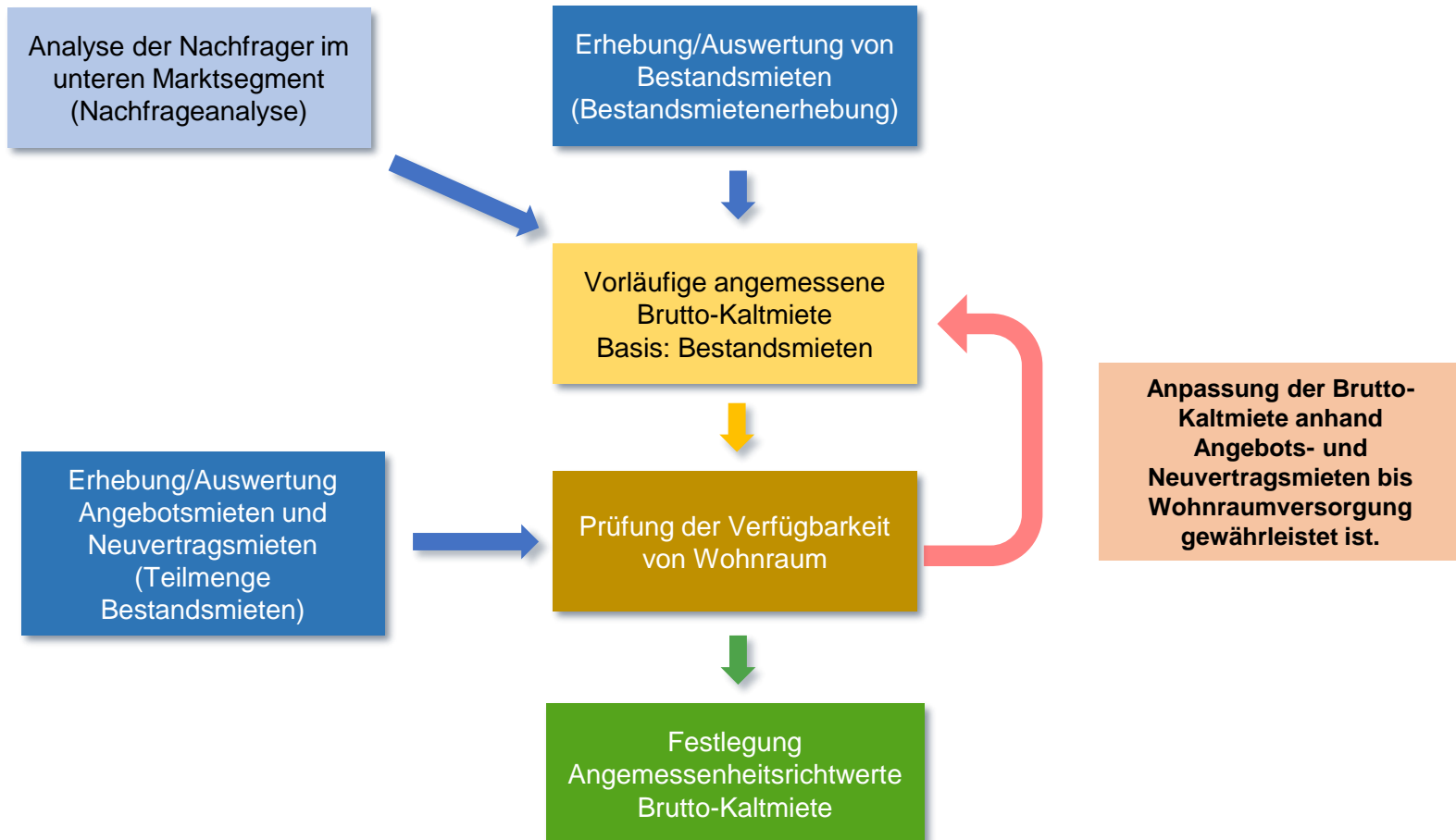
Beispiel: 35 % Perzentil für 1-Personen-Haushalte:

- Netto-Kaltmiete private Vermieter: 7,15 €
- Netto-Kaltmiete institutionelle Vermieter: 5,95 €
- Anteil privater Vermieter im Vergleichsraum: 63 %
- Netto-Kaltmiete gewichtet = $(7,15 * 0,63) + (5,95 * (1 - 0,63)) = \mathbf{6,71 \text{ €}}$

ABGRENZUNG DES ANGEMESSENEN MARKTSEGMENTS DURCH PERZENTILSETZUNG



BESTIMMUNG ANGEMESSENER BRUTTO-KALTMieten DURCH PERZENTILSETZUNG



NETTO-KALTMIEETE (IN €/M²)

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Perzentil	35 %	40 %	45 %	40 %	60 %
Private Vermieter	7,15	6,92	6,42	6,48	7,34
Institut. Vermieter	5,95	5,91	5,69	5,28	5,30
Gewichtet (63 %)	6,71	6,55	6,15	6,04	6,59

KALTE BETRIEBSKOSTEN (IN €/M²) (MEDIAN)

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Private Vermieter	2,22	1,67	1,55	1,66	1,37
Institut. Vermieter	2,38	2,22	2,13	2,08	2,15
Gewichtet (63 %)	2,28	1,87	1,76	1,82	1,66

ZUSAMMENSETZUNG DER RICHTWERTE

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
NKM in €/m²	6,71	6,55	6,15	6,04	6,59
KBK in €/m²	2,28	1,87	1,76	1,82	1,66
BKM in €/m²	8,99	8,42	7,91	7,86	8,25
Max. WFL in m²	50	60	75	87	99
BKM in €	449,50	505,20	593,25	683,82	816,75

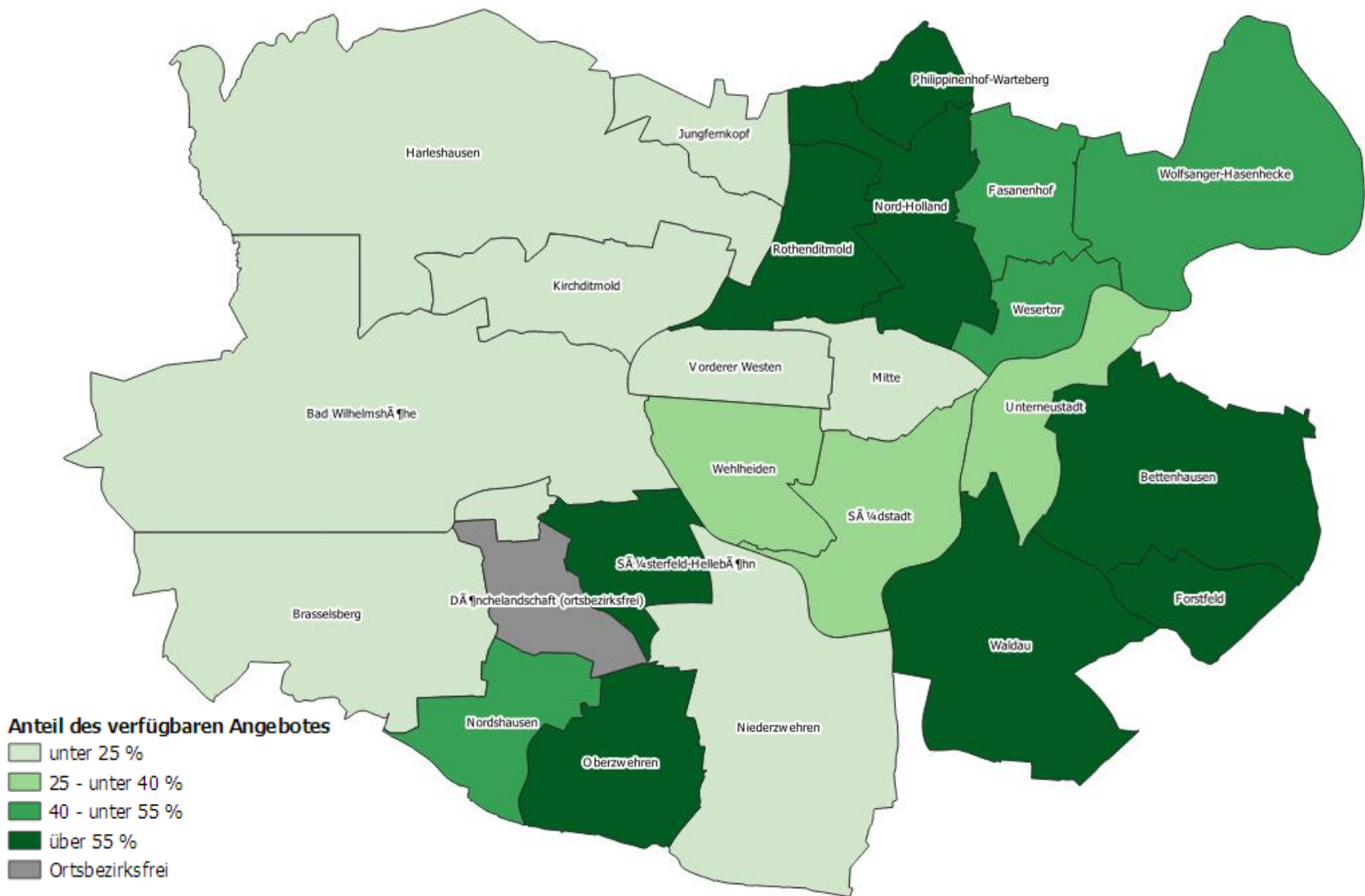
$$\text{NKM } \text{€/m}^2 + \text{KBK } \text{€/m}^2 = \text{BKM } \text{€/m}^2 * \text{max. WFL m}^2 = \text{BKM } \text{€}$$

RICHTWERTE UND VERFÜGBARKEIT¹

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
BKM	449,50	505,20	593,25	683,82	816,75
Anteil verfügbares Angebot	53 %	31 %	31 %	30 %	23 %
Anteil Neuvertragsmieten	74 %	53 %	59 %	68 %	83 %

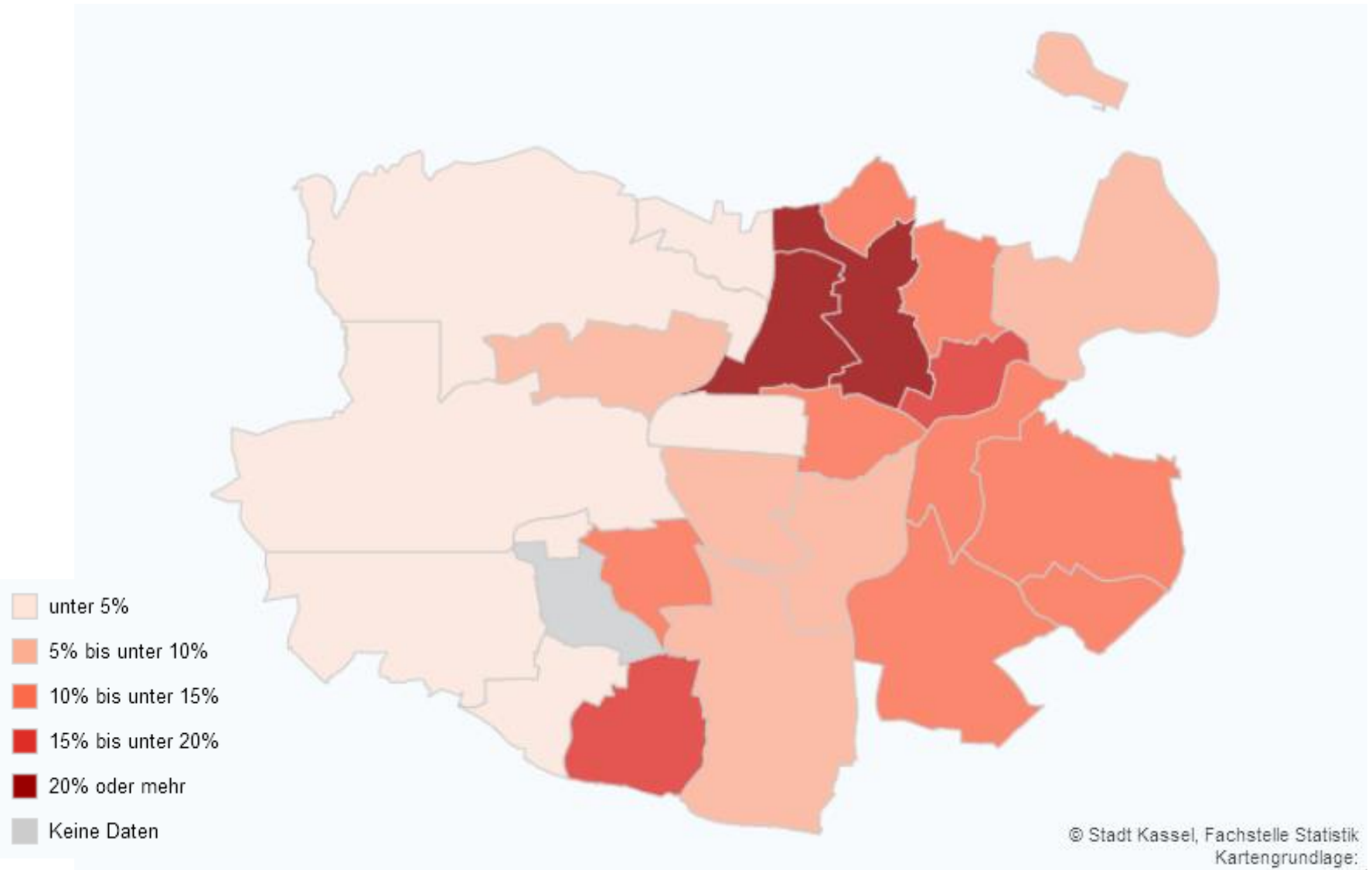
¹ Anteil der erfassten Angebote (AM) und Neuvertragsmieten (NV), die zum ermittelten Richtwert angemietet werden können.

VERTEILUNG DES VERFÜGBAREN ANGEBOTES*



* Mit Angabe eines Stadtteils (n=1.568)

ANTEIL BEDARFSGEMEINSCHAFTEN 2020





FORTSCHREIBUNG DER RICHTWERTE

- BSG 12.12.2017: Fortschreibung 2 Jahre nach Inkraftsetzen
 - Fortschreibung über Verbraucherpreisindex
 - Überprüfung der Verfügbarkeit sinnvoll
- Neuerstellung alle 4 Jahre

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Tanja Tribian



Analyse & Konzepte immo.consult GmbH

Gasstraße 10, 22761 Hamburg

Telefon: +49 40 485 00 98-53

E-Mail: tribian@analyse-konzepte.de

Web: www.analyse-konzepte.de



Vorlage Nr. 101.19.145

17. Juni 2021
1 von 1

Menstruationsartikel zugänglich machen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Toiletten gibt es in öffentlichen Gebäuden? (Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
2. In welchen städtischen Einrichtungen gibt es kostenfrei Menstruationsartikel? (Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
3. Sollte es schon freie Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten geben, um welche Art von Menstruationsartikeln handelt es sich?
 - a) Wie nachhaltig beurteilt der Magistrat die bisher vorhandenen freien Menstruationsartikel?
4. Wurden freie Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten bereits als Vorschlag an die Stadt herangetragen oder geprüft?
5. Wie beurteilt der Magistrat die Zugänglichkeit zu Menstruationsartikeln in Schulen, Jugendzentren, Bürger*innenhäusern, im Jobcenter und öffentlichen Gebäuden?
6. Auf welchen Toiletten gibt es Wickelmöglichkeiten?
7. (Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)
8. Welche Konzepte sind dem Magistrat aus anderen Städten bekannt?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Tabea Mößner

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

gez. Violetta Bock
Fraktionsvorsitzende

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat II – Bürgerangelegenheiten und Soziales

Dezernat V – Bildungs, Jugend, Gesundheit und Chancengleichheit



Kassel, 30. August 2021

Büro der Stadtverordnetenversammlung

An - 16 -

Anfrage Nr. 101.19.145 „Menstruationsartikel zugänglich machen“ der Fraktion Kasseler Linke für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 31.08.2021

1. Wie viele Toiletten gibt es in öffentlichen Gebäuden?

(Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)

amt für Hochbau u. Gebäudebewirtschaftung

Information von -65-: Es gibt 1877 WC-Räume (incl. Vorräume). Davon gibt es 104 Räume als behindertengerechtes WC.

Bisher werden in der Stadt Kassel in städtischen Gebäuden Toiletten nicht regelhaft unisex geplant bzw. ausgewiesen.

2. In welchen städtischen Einrichtungen gibt es kostenfrei Menstruationsartikel?

(Bitte aufzählen nach: Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)

In allen Kinder- und Jugendeinrichtungen, sowie der kommunalen Schulsozialarbeit des Jugendamtes werden schon sehr lange kostenlose Menstruationsartikel auf Anfrage abgegeben. Eine zeitliche Rekonstruktion ist nicht mehr möglich.

Um die Hemmschwellen weiter zu reduzieren, werden Tampon- und Bindenspender in den acht städtischen Jugendeinrichtungen installiert. Die Montage ist zeitnah nach den Sommerferien geplant. Dies wird in der ersten Phase durch die Mitarbeiter*innen vor Ort pädagogisch begleitet (Thematisierung Menstruationsmythen und Periodenarmut/period poverty) und im Mädchen*arbeitskreis ausgewertet. In 2022 möchten wir die Spender dann flächendeckend mindestens in den Kinder- und Jugendeinrichtungen installieren. Eine weitere Ausweitung auf die weiterführenden Schulen ist u.E.n. sinnvoll und eine aktive Unterstützung ist möglich.

3. **Sollte es schon freie Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten geben, um welche Art von Menstruationsartikeln handelt es sich?**

Siehe Frage 2

- a) **Wie nachhaltig beurteilt der Magistrat die bisher vorhandenen freien Menstruationsartikel?**

Hierzu kann die keine Stellungnahme abgegeben werden.

4. **Wurden freie Menstruationsprodukte auf öffentlichen Toiletten bereits als Vorschlag an die Stadt herangetragen oder geprüft?**

Das Jugendamt ist mit den Trägern der Jugendhilfe im ständigen Austausch. Wir erheben Bedarfe und Problemlagen von Jugendlichen und entwickeln daraus Lösungsstrategien. Es ist aufgefallen, dass es weibliche Jugendliche gibt, die Schwierigkeiten mit ihrer Periode und den Auswirkungen haben. Die Kosten für Menstruationsprodukte stellen für viele junge Frauen ein großes Problem dar. Insofern gibt es Anregungen durch z.B. den Mädchenarbeitskreis und das Mädchenhaus.

Das Thema „period poverty“ wird im Rahmen der Jugendarbeit behandelt. In den sozialen Medien spielt es eine große Rolle im Austausch von jungen Frauen. Aus dem queeren Jugendzentrum, dem Mädchenhaus und durch den Stadtschüler*innenrat wurde der Wunsch nach kostenfreien Menstruationsartikeln in öffentlichen und Schultoiletten an uns herangetragen.

5. **Wie beurteilt der Magistrat die Zugänglichkeit zu Menstruationsartikeln in Schulen, Jugendzentren, Bürger*innenhäusern, im Jobcenter und öffentlichen Gebäuden?**

In den Einrichtungen der städtischen Jugendzentren ist die Zugänglichkeit gut und wird zukünftig noch niedrighschwelliger angeboten. Schultoiletten sind seitens der Stadt Kassel als Schulträger noch nicht mit kostenfreien Menstruationsartikeln ausgestattet. Für erwachsene Besucherinnen stehen in den städtischen Gebäuden keine kostenfreien Menstruationsartikel zur Verfügung.

Im Jobcenter Stadt Kassel werden ebenfalls keine Menstruationsartikel vorgehalten.

6. **Auf welchen Toiletten gibt es Wickelmöglichkeiten?**
(Geschlechtergetrennt/Behindertengerecht/UNISEX)

Im Rathaus gibt es ein behindertengerechtes WC mit Wickelmöglichkeit. Für die Fertigstellung des Karlsflügels sind weitere Wickeltische vorgesehen. Ebenso gibt es Wickeleinheiten in der Grimmwelt und im Stadtmuseum.

Im Gebäude Scheidemannplatz 1 (Jugendamt) und Kurt-Schumacher-Straße (Jugendamt) sind jeweils mehrere Wickelmöglichkeiten vorhanden, ebenso in der Weserstr. 2a (Amt Kindertagesbetreuung). Im Gesundheitsamt gibt es ebenfalls Wickelmöglichkeiten.

Das Dezernat –V– unterstützt die Kampagne für stillfreundliche Orte. Entsprechend gibt es im Jugendamt, im Gesundheitsamt und im Amt Kindertagesbetreuung auch Stillmöglichkeiten/Stillzimmer. Mit Unterstützung des Kulturdezernats gilt dies auch für die Stadtbibliothek.

Das Jobcenter Stadt Kassel verfügt über einen Wickelraum (unisex), welcher behindertengerecht zugänglich und ausgestattet ist. Zur Vermeidung von Vandalismus-bedingten Schäden ist der Wickelraum nicht frei zugänglich – jede/r Mitarbeiter*in kann den Raum bei Bedarf öffnen.

7. Welche Konzepte sind dem Magistrat aus anderen Städten bekannt?

Es gibt einen Austausch auf Verwaltungsebene mit Ämtern anderer Städte. Es ist bekannt, dass die Thematik in nahezu allen anderen Kommunen ebenfalls eine Rolle spielt. Konkrete Konzepte liegen nicht vor.



Ilona Friedrich
Bürgermeisterin

Vorlage Nr. 101.19.149

22. Juni 2021
1 von 1

Mehr Schwimmzeiten für Vereine

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wird die neue Lehrschwimmhalle fertig gestellt sein?
2. Wie gedenkt der Magistrat dem Missstand, dass viele Kinder bis zur Errichtung der Lehrschwimmhalle nicht schwimmen lernen können, abzuhelpen?
3. Ist der Magistrat bereit, den Vereinen und den Anbietern von Schwimmkursen (z.B. DLRG) mehr Schwimmzeiten für die Erteilung von Schwimmunterricht in den städtischen Bädern zur Verfügung zu stellen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rügen
Fraktionsvorsitzender CDU

34112 Kassel documenta Stadt

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

im Hause



Kassel documenta Stadt

Ausschuss für Soziales, Gesundheit u. Sport am 31. August 2021

30. August 2021

- **Anfrage CDU-Fraktion ‚Mehr Schwimmzeiten für Vereine‘**
Vorl.Nr. 101.19.149

1 von 1

Sehr geehrte Frau van den Hövel-Hanemann,

die o.g. Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Wann wird die neue Lehrschwimmhalle fertig gestellt sein ?

Das Verfahren wurde einer konzernübergreifenden Arbeitsgruppe übertragen. Auf der Basis der Bedarfsermittlung erfolgt die Konzepterstellung für die Gebäude- und Raumplanung. Hieran anschließend wird der Zeit- und Kostenplan aufgestellt. In der jetzigen Phase kann noch keine seriöse Aussage zur Fertigstellung des Lehrschwimmzentrums getroffen werden.

2. Wie gedenkt der Magistrat dem Missstand, dass viele Kinder bis zur Errichtung der Lehrschwimmhalle nicht schwimmen lernen können, abzuhelpen ?

Die Bäderleitung der Städtischen Werke (STW) wurde zwischenzeitlich gebeten, mit einer zusätzlichen Offensive auf DLRG, schwimmsporttreibende Vereine und Drittanbieter proaktiv zuzugehen, um zusätzlichen Schwimmunterricht und Kurse anzubieten.

3. Ist der Magistrat bereit, den Vereinen und den Anbietern von Schwimmkursen (z.B. DLRG) mehr Schwimmzeiten für die Erteilung von Schwimmunterricht in den städtischen Bädern zur Verfügung zu stellen ?

Dies wurde bereits umgesetzt und die STW konnten hierfür im Auebad und im Hallenbad Süd zusätzliche freie Belegungszeiten anbieten, die für Lehrschwimmzwecke genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen


Christian Geselle
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 101.19.158

21. Juni 2021
1 von 1

Soziale Härte während der Corona Pandemie

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Zwangsräumungen gab es je im Jahr 2018, 2019 und 2020?
2. Wie viele Sanktionen hat das Jobcenter von Januar 2020 bis heute je monatlich ausgestellt?
3. Aus welchen Gründen wurden Sanktionen ausgestellt?
4. Wie viele Personen haben die Fachstelle Wohnen im Jahr 2018, 2019 und 2020 aufgesucht?
5. Aus welchen Gründen suchten sie die Fachstelle auf?
6. Wie viele Haushalte erhielten je in den Jahren 2018, 2019 und 2020 Stromsperrern?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Tabea Mößner

gez. Lutz Getzschmann
Fraktionsvorsitzender

gez. Violetta Bock
Fraktionsvorsitzende

Kassel, 2. Juli 2021

Anfrage der Fraktion Die Linke vom 21.06.2021
Vorlage Nr. 101.19.158
Soziale Härte während der Corona-Pandemie



1. Frage:

Wie viele Zwangsräumungen gab es je im Jahr 2018, 2019 und 2020?

Antwort:

Angesetzte Zwangsräumungen:

2018 = 201

2019 = 176

2020 = 153

Wie viele Zwangsräumungen tatsächlich durchgeführt wurden, ist im Sozialamt, Zentrale Fachstelle Wohnen (ZFW), nicht bekannt. Die ZFW ist zwar über angesetzte Räumungstermine informiert; Rückmeldungen, wenn Zwangsräumungen ohne Beteiligung der ZFW wieder abgesagt werden, erfolgen jedoch oft nicht.

2. Frage:

Wie viele Sanktionen hat das Jobcenter von Januar 2020 bis heute je monatlich ausgestellt?

3. Frage:

Aus welchen Gründen wurden Sanktionen ausgestellt?

Antwort für Frage 2 und 3 zusammengefasst:

Grundsätzliches:

Im Rahmen des weisungstechnisch Möglichen wurde im Jobcenter Stadt Kassel alles darangesetzt, um in den letzten fast 1 ½ Jahren unter Corona-Bedingungen soziale Härten zu vermeiden und hilfebedürftige Menschen bestmöglich zu unterstützen.

Die Regelungen zu den Minderungen bei Sanktionen wurden mit Beginn der Pandemie im März Jahr 2020 ausgesetzt. Das Meldeverfahren fand in Zeiten der Hausschließung nicht statt. Auch persönliche Anhörungen nach §24 SGB X waren in dieser Zeit nicht möglich. Da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass wichtige Gründe und/oder unzumutbare Härten vorlagen, wurde auf Leistungsminderungen (§§31, 31a, 31b, 32 SGBII) verzichtet.

Ab der schrittweisen Öffnung der Jobcenter wurde auf Empfehlung des Bund- Länder-Ausschusses nach §18 Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – (SGBII) im Zuge der schrittweisen Erweiterung des Publikumsverkehrs in den Jobcentern vom 22. Mai 2020 die Umsetzung von Rechtsfolgenbelehrungen und ggf. Minderungen unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit für die Kundinnen und Kunden grundsätzlich zunächst ab 15. Juli 2020 wieder aufgenommen, jedoch

zu einem späteren Zeitpunkt unter Beachtung der pandemischen Lage ab Ende 2020 und dem späteren „Bundesnotbremsegesetz“ wieder neu angepasst.

Die Begleitung im Integrationsprozess erfolgte durchgehend, und zielführende Vereinbarungen wurden durch unsere Fachkräfte besprochen und nachgehalten. Geldleistungen wurden nicht gemindert, wenn bedingt durch die Corona-Situation keine Bemühungen nachgewiesen wurden.

Die Fachkräfte aus dem Vermittlungsbereich blieben für die Kundinnen und Kunden telefonisch, elektronisch und postalisch immer erreichbar. Zu berücksichtigen war hierbei, dass ein Anteil von ihnen vorübergehend in die Prozesse zur Leistungsgewährung eingebunden war, um die Bearbeitung und Auszahlung von Leistungen und damit die Existenzsicherung der Kundinnen und Kunden sicherzustellen.

Der Beratungs- und Betreuungsauftrag für erwerbsfähige Leistungsberechtigte wurde auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie bestmöglich umgesetzt.

Ab April 2020 wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unter Beachtung der Sicherheitsstandards in Durchführungsform von Kleingruppen, bzw. von alternativen Lernformen geprüft und überwiegend durchgeführt (telefonisch, postalisch, elektronisch). Ausgenommen waren Arbeitsgelegenheiten, welche die Anwesenheit vor Ort erfordern und daher zunächst nicht fortgeführt wurden. Auch Arbeitsgelegenheiten nach §16d SGBII wurden aufgrund der damaligen Entwicklung angepasst. Unter Einhaltung der Arbeitsschutzstandards der Bundesregierung vom 16. April 2020 war es grundsätzlich möglich, Arbeitsgelegenheiten durchzuführen, sofern die Teilnahme freiwillig erfolgte und die Sicherheit gewährleistet werden konnte.

Die nachfolgende Tabelle (siehe Anhang nächste Seite) beantwortet beide vorgenannten Fragen. Hinweis: Die Tabelle gibt den aktuellsten Stand an derzeit verfügbaren Zahlen wieder, weitere Auswertungen liegen noch nicht vor.

4. Frage:

Wie viele Personen haben die Fachstelle Wohnen im Jahr 2018, 2019 und 2020 aufgesucht?

Antwort:

2018 = 1.603

2019 = 1.634

2020 = 1.454

5. Frage:

Aus welchen Gründen suchten sie die Fachstelle auf?

Antwort:

- Bedarf an Schulden- und Insolvenzberatung
- Mietrückstände
- Drohende Obdachlosigkeit
- Bestehende Obdachlosigkeit

6. Frage:

Wie viele Haushalte erhielten je in den Jahren 2018, 2019 und 2020 Stromsperrern?

Antwort:

Das Jobcenter Stadt Kassel erfasst diese Daten/Zahlen nicht bzw. führt keine statistische Datenerhebung zu diesem Thema durch.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Friedrich', is written over the printed name.

Hona Friedrich
Bürgermeisterin